

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Metajanka 18.
Telephon:
Tagesredaktion:
26795, 31400.
Nachredaktion: 26797.

Postfachamt: 57544.
Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (inkl.)

8. Jahrgang.

Mittwoch, 7. November 1928.

Nr. 265.

Mit dem Zensor gegen uns!

Die gestrige Ausgabe des „Sozialdemo-
krat“ und fünf anderer Tagblätter unserer
Partei sind verstimmt in die Hände unserer
Leser gelangt. Der Artikel, in dem 48 Zeilen
der Konfiskation verfielen, hatte den Titel:
„Auf den Büttel gekommen! Die Christlich-
sozialen wollen gegen uns das Schutzesch
mobilisieren. Denunziation als Kampfmittel“ und
war, wie eigentlich schon der Titel bezeugt,
ebenfalls eine Kritik wie eine Brand-
markung der christlichsozialen
Partei, deren mit Unterstützung hoher Kir-
chenfürsten erscheinendes Zentralorgan, die
„Deutsche Presse“, offenkundig der Meinung
ist, daß die Einfrierung der Gegner der chris-
tlichsozialen Partei und des von ihnen gestü-
ten Herrschaftssystems nicht mit dem genügen-
den Eifer betrieben wird. Dem ehrenwerten
Blatte hat es nicht genügt, daß die Polizei in
einer Reihe von Orten das Ankleben unserer
Wahlplakate verboten hat, es fragt auch, „wo-
zu wir denn in der Republik ein
Schutzesch haben“, was doch sicher ein
nicht mißzuverstehender Wink mit dem Zaun-
pfähle ist. So nebenbei muß daran erinnert
werden, daß zu der Zeit, da das Schutzesch
im Parlament verhandelt und beschlossen
wurde, die deutschen Christlichsozialen noch in
Opposition zu der Regierungsmehrheit standen
und gemeinsam mit den anderen Oppositions-
parteien die Vorlage auf das heftigste bekämpften.
Wie ehrlich sie es damit meinten, geht
jetzt aus ihrem stürmischen Ruf nach stärkerer
Handhabung des Schutzesches hervor, aber
daß ist ja nur ein einzelner Pinselstrich zu
dem Gemälde, das heute wohl jedermann als
Charakterbild der deutschen Christlichsozialen
Partei vor Augen hat.

Unsere Zeitungen haben also die christlich-
soziale Vernaderei entsprechend an den Bran-
ger gestellt und sie haben zu zeigen versucht,
wie überflüssig der christlichsoziale Schrei nach
Polizei und Staatsanwalt ist, denn wenn an
allem Mangel herrschen sollte, über Mangel
an Hemmnissen der politischen Meinungsfrei-
heit ist bei uns sicher nicht zu klagen. Diese
Darstellung des Maßes unserer politischen Be-
wegungsfreiheit hat das Mißfallen des Zen-
sors erregt und er hat deshalb sechs unse-
rer Tageszeitungen konfisziert, wodurch unserer
Partei als Eigentümerin unserer
Presse — wir wollen es zur Genugtuung
der deutschen Christlichsozialen verraten — ein
materieller Schaden von beiläufig zehntausend
Kronen entstanden ist.

Gott behüte, — um im Jargon der from-
men Christlichsozialen zu sprechen — daß wir
behaupten, es bestehe zwischen dieser neuerlich-
en Konfiskation, der zweiten binnen acht Ta-
gen, und dem Herrn christlichsozialen Justiz-
minister Mahr-Harting ein Zusammenhang, es
ist natürlich nur ein reiner Zufall, daß ein
Christlichsozialer zur selben Zeit Minister ist,
da in einem Artikel Stellen konfisziert wer-
den, die nichts mehr und nichts weniger als
einen Angriff gegen die christlichsoziale Partei
enthalten. Wir können selbstverständlich augen-
blicklich die konfiszierten Stellen unseren Les-
ern nicht zur Kenntnis bringen, wir können
nur sagen, daß nichts in ihnen war, was nicht
nur hundertmal vorher und sogar in derselben
Ausgabe unserer Zeitungen unbeantwundet ge-
druckt werden konnte, so daß wir die Sehnsucht
unserer Christlichsozialen nach noch stärkerer
Verfolgung ihrer politischen Gegner nicht be-
greifen können. Von dem Zustand, den, wie
sich jetzt nach Demaskierung der Christlichsozia-
len zeigt, diese Partei als ihr Ideal ansieht,
sind wir doch wirklich nicht mehr weit entfernt.

Der Zensor kann viel, das sei zugestan-
den, und sogar noch mehr, als wir, die wir
schon durch den österreichischen Zensor ab-
gehärtet wurden, je für möglich gehalten hät-
ten. Eines kann er doch nicht, das ist, daß die
Menschen im Lande draußen immer zahlrei-
cher werden, die Vergleiche anstellen zwischen
den schönen Worten, die gelegentlich von hohen

Gegen Zensurwillkür und Gefinnungs- verfolgung.

Kampfauftrag unserer Parteileitung gegen den Bürgerblock.

Am Dienstag, den 6. November l. J., fand
eine Sitzung der Parteileitung der deutschen
sozialdemokratischen Partei statt. Der Vorsitzende
Genosse Dr. Czech berichtete über die politi-
sche und parlamentarische Situation, über die
Wahlvorbereitungen und die Verfolgungen
unserer Parteipresse und des Sozialistischen
Jugendverbandes und über die Schritte, die das
Parteipräsidium zur Abwehr dieser reaktionären
behördlichen Maßnahmen unternommen hat. Es
wurde folgende

Resolution

beschlossen:

„Das tschechoslowakische Staatsbürokratie, das
offiziell als ein Teil der demokratischen Republik
gefördert wurde, leistete in Wahrheit eine neue
Ära politischer Entrechtung und
brutaler Gefinnungsverfolgungen ein. Am 28. Oktober, am Festtage des zehn-
jährigen Bestandes der Tschechoslowakei, wurde der
„Sozialdemokrat“, das Zentralorgan der
Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, durch
die Zensur so verstimmt, daß das Aussehen des
Blattes an die schlimmsten Zeiten der Krigzensur
erinnerte. Wenige Tage darauf wurden die kom-
munistischen Tagblätter in Prag und in Brünn
auf Grund des Schutzesches für die Dauer eines
Monats eingestrichen und es geht die Konfiskation
unserer Presse weiter. Unter der Herrschaft des
tschechisch-deutschen Bürgerblocks wird das Staats-
schutzesch, das die Freiheit der Presse verweigert,
zu einem Schutzesch für die inter-
nationale kapitalistische Reaktion
und die Regierungsparteien beider Nationen und
insbesondere für die Partei des Justizministers.
Der Parteivorstand der deutschen sozialdemo-
kratischen Arbeiterpartei protestiert entsetzt so-
wohl gegen die Zensurwillkür, als auch
gegen die vollständige Unterdrückung oppositionel-
ler Blätter und ruft die Arbeiterschaft neuerlich
auf zu unermüdlichem Kampfe für die Freiheit
der Presse, zum Kampfe gegen einen Absolutis-
mus, der dem des kaiserlichen Österreich in nichts
nachsteht.“

Die tschechische Bourgeoisie, in der Tsche-
choslowakischen Republik zur herrschenden Klasse des
Staates geworden, hat ihre revolutionäre Ver-
gangenheit vergessen, sie verleugnet ihre demo-
kratischen Traditionen. Sie bedient sich zur Nieder-
haltung der Arbeiterklasse der reaktionärsten Mit-
tel, sie macht die Demokratie zu einer Fassade,
hinter der sich ihre brutale Willkür verbirgt. Die
ihre verbündete deutsche Bourgeoisie braucht ihre
Vergangenheit gar nicht zu verleugnen, sie ist so
reaktionär, wie sie es immer war, sie
kann sich in dem reaktionär gewordenen Staate

als Träger eines Systems bewahren, das ihrer
Gefinnung entspricht. So ist allein die
Arbeiterschaft zum Kampfe um die
Wiederherstellung der Demokratie
berufen, die Arbeiterklasse aller
Nationen, die gleichermäßen unter absolutisti-
scher Willkür leidet und gleichermäßen die Demo-
kratie für ihre kulturelle Arbeit und ihren wirt-
schaftlichen und politischen Kampf nicht entbehren
kann. Die Mahnung des Parteivorstandes der
Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sich
aufzuraffen zu entschlossenem Kampfe für die
Demokratie und besonders für die Freiheit der
Presse, richtet sich daher an die sozialistische
Arbeiterschaft aller Nationen.

Das Ziel dieses Kampfes kann aber nicht eine
„Milderung“ der Zensur sein, sondern die Auf-
hebung der Zensur, die Beseitigung des
reaktionären österreichischen Preßgesetzes und der
Novelle zum Preßgesetz und die Beseitigung des
Schutzesches, das sich längst als ein Instrument
zur Bekämpfung der Arbeiter erwiesen hat und
unvereinbar ist mit den Grundätzen der Demo-
kratie.

Der Parteivorstand protestiert gegen die
Verfolgung des Sozialistischen Ju-
gendverbandes und seiner Funktionäre auf
Grund des Schutzesches. Er stellt fest, daß die
gesamte sozialistische Arbeiterschaft mit der sozial-
demokratischen Jugend solidarisch ist und mit ihr
gegen das Wideraufleben eines Systems, das schon
im alten Österreich von der Arbeiterschaft bestritten
wurde, mit aller Leidenschaft und Beharrlichkeit
kämpfen wird.

Der Parteivorstand stellt fest, daß der
Bürgerblock die staatlichen Mach-
mittel mißbraucht, um sich im bevorstehen-
den Wahlkampfe vor den Angriffen der oppositionel-
len Parteien zu schützen, indem er die Regie-
rung der sozialdemokratischen Wahlplakate ver-
bieten läßt. In seinem Lande der Welt, das sich
demokratisch nennt, ist es denkbar, daß die Regie-
rungsparteien durch die Staatsgewalt die Propa-
ganda der Opposition zu verhindern suchen.
Auch die Anwendung solcher Methoden ist charak-
teristisch für die imperialistische Untergrabung der
Demokratie durch die tschechisch-deutsche Bürger-
blockpartei.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden zu-
nächst den Kampf für die Demokratie im bevor-
stehenden Wahlkampfe zu führen haben als Kampf
gegen die Parteien des Bürgerblocks.
Über die Wahlen hinaus aber muß der Kampf
fortgesetzt werden, bis dieses ganze System nieder-
gerungen ist.

Mögen die herrschenden Parteien die Demo-
kratie verhöhnen, mögen sie im Abwehrkampf

gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse zu triu-
phieren glauben, wenn sie sich mit dem Absolutis-
mus, mit der brutalen Gewalt verbünden! Wir
wissen, daß der Ausgang des Ringens nicht
zweifelhaft ist, daß Sieger sein wird die um
die Demokratie und für den Sozialismus kämpfende
Arbeiterschaft!

Gleichzeitig wurde die parlamentarische Ver-
tretung der Partei mit der sofortigen Inter-
vention bei den zuständigen Ressortministern
betraut.

Es gelangten sodann eine Reihe wachstüm-
licher und parteiadministrativer Fragen zur Be-
ratung und Entscheidung.

Zusammenstandpunkt der Moskauer Grubenbarone.

Prägen, 6. November. Der Streit im Moskauer
Steinkohlenrevier dauert an. Auf Er-
suchen des Verbandes der eis. Bergarbeiter, des Ver-
bandes der christlichsozialen Bergarbeiter und des Revier-
rates hat das Revieroberamt für heute Vormittag
eine Beratung nach Zegen-Gottes einberufen, zu der
außer Vertretern des Internationalen Gewerk-
schaftsbundes auch die Vertreter der Arbeitgeber ein-
geladen wurden. In der Beratung wurden die Mo-
difikationen besprochen, unter denen die Liquidierung
des Bergarbeiterstreikes verhandelt werden könnte.
Die Vertreter der Arbeiterschaft be-
zogen grundsätzlich die Bereitschaft, den
Streik zu beenden, wenn gleichzeitig Be-
handlungen wegen Erhöhung der Berg-
arbeiterlöhne aufgenommen werden. Demgegen-
über beharrten die Vertreter der Ar-
beitgeber darauf, daß vor Beginn jeg-
licher Verhandlungen der Streik be-
endet werden müsse, und sie erinnerten daran, daß infolge
der finanziellen Verluste, die den Unternehmern
durch den Streik entstanden seien, von einer Er-
höhung der Bergarbeiterlöhne in die-
sem Jahre überhaupt nicht mehr die
Rede sein könne.

Auf Grund dieser Standpunkte der beiden Par-
teien wurde ein Einvernehmen nicht erzielt und die
Vertreter der Bergarbeiter behielten sich die Mög-
lichkeit eventueller weiterer Verhandlungen vor bis
nach der Entscheidung ihrer Gewerkschaften über die
Lage, wie sie durch die heutigen Verhandlungen ge-
schaffen wurde. Im Reviere herrscht Ruhe.

Minderheitenpolitik in Polen.

Leipzig, 6. November. In Verbindung mit
den letzten Unruhen in Lemberg wurden bisher
80 Ukrainer, vorwiegend ukrainische Hoch-
schüler, verhaftet. Die politische Polizei hat
eine Reihe von Hausdurchsuchungen
darunter im ukrainischen akademischen Hause
sowie im Lokal des ukrainischen Soloforabandes
vorgenommen. Der ukrainische parlamentarische
Klub hat beschlossen, in der nächsten Sitzung des
Sejm einen Antrag auf Einstellung einer außer-
ordentlichen Sejmkommission zur Untersuchung
der letzten Vorgänge in Lemberg einzubringen.

Stellen aus gesprochen werden und der tägli-
chen Praxis. Es ist gar nicht so lange her,
da Herr Dr. Beneš in einer seiner Reden
gesagt hat: „Die Presse braucht Frei-
heit, mehr Freiheit, immer mehr
Freiheit“. Kann sich jemand eine schönere
Redewendung für hohe Festtage vorstellen?
Im täglichen Leben geht es allerdings bei uns
ganz anders zu. Wenn wir vor der Gefahr
eines Krieges oder sogar inmitten eines sol-
chen ständen, der Zensor könnte nicht unzulä-
ssiger sein, als er es jetzt ist. Niemals, wir
betonen: niemals ist es vordem vorgekom-
men, daß der Zensor „regulierend“ in einen
Wahlkampf eingegriffen hätte. Der Wahl-
kampf, das ist der Kampf zwischen den um
politische Geltung und Einfluß im Staate oder
Landes ringenden politischen Parteien, die der
Ausdruck der Massen der Bevölkerung sind,
wurde stets von der Bevormundung
durch den Zensor freigehalten. Was hat Herr Mahr-Harting schon getan, um
den Eindruck zu verhindern, daß sich die Zen-
sur einseitig zu Gunsten einzelner Wahlverben-
der Parteien betriebe? Wir erhalten täglich
eine große Anzahl von deutschen und anders-
sprachigen Zeitungen in unserer Redaktion.
Seit sieben Jahren, solange erscheint das Zen-
tralorgan unserer Partei, ist uns noch nicht
eine einzige ausländische Zeitung zu Gesicht
gekommen, welche einen der weißen Flecke ge-
zeigt hätte, welche für die bei uns herrschende

Pressefreiheit so charakteristisch sind. Ist es da-
her ein Wunder, daß eine Reihe reichsdeutscher
und österreichischer Parteiblätter, als sie die
Ausgabe unseres Zentralorgans vom 28. Ok-
tober zu Gesicht bekamen, ohne unser Zu-
tun von der ersten Seite des Blattes ein Bild
anfertigen ließen und es unter Andenken des
höchsten Erstaunens zum Abdruck brachten?
Wie? In der Tschechoslowakei gibt es noch so
etwas wie eine Zensur? Wir erhielten Briefe,
die des Erstaunens voll waren: berichtet uns
doch, was das für eigenartige Zinsen sind, die
es ermöglichen, daß gewisse Stellen aus Zei-
tungen ausgemergelt werden, weil der Verband
eines mit der Ueberwachung der Presse betrau-
ten Zensors sie zu unterdrücken für gut befin-
det! Auch anderswo ist der Staat nicht schut-
los allen Angriffen ausgeliefert, aber doch schon
eine Kritik von gewissen Zuständen im Staate,
welche die Folgen der Ausübung der Macht
durch eine einzelne Partei oder eine Gruppie-
rung von Parteien sind, genügt, um dem Zen-
sor Gelegenheit zum Einschreiten zu geben,
das ist eine in jedem anderen demokratisch
regierten Lande vollständig unbekannte Er-
scheinung. Daß vollends Zeitungsstellen aus-
gestrichen werden, die nichts sind als eine poli-
tische Kritik anderer Parteien, darüber würde
man anderswo vor Erstaunen die Hände zu-
sammenschlagen. Die Pressefreiheit steht dort
eben nicht bloß in der Staatsverfassung, der
Staat fühlt sich nicht schon durch die freie Mei-

nungsausübung seiner Bürger in seinem Be-
stande bedroht und am allerwenigsten ist es
dort erlaubt, daß sich in der Vorstellungswelt
des Zensors Staatsinteressen und Parteinter-
essen hartnäckig miteinander vermengen.

Die gestrige Beschlagnahme gibt einen
Vorgeschmack davon, in welchem Zeichen die
bevorstehenden Wahlen vor sich gehen werden.
Wir sind uns dessen bewußt, daß wir in Bezug
auf das noch übrig gebliebene Maß von Pres-
se- und Meinungsfreiheit ungefähr dort zu stehen
gekommen sind, wo wir vor etwa drei Jahr-
zehnten gestanden sind. Aber damals gab es
wenigstens ein Parlament, in dem sich die ge-
männerte und mißhandelte Presse Gehör ver-
schaffen konnte. Wir müssen wieder dort an-
fangen, für die primitivsten Freiheitsrechte zu
kämpfen, wo wir vor drei und vier Jahrzeh-
nten angefangen haben. Das ist nicht eine re-
ine Schande. Die sozialistische Arbeiterschaft aber
wird in vollem Maße die Pflicht erkennen
müssen, unseren Kampf für größere politische
Meinungs- und Bewegungsfreiheit zu unter-
stützen. Die Antwort auf die Taten des Zen-
sors und seiner deutschbürgerlichen Anseherer
muß in der rastlosen Gewinnung neuer Abneh-
mer und Leser unserer Presse bestehen. Es lebe
der Trost und die Kraft! Je mehr unsere
Presse vom Zensor heimgesucht
wird, desto inniger muß sich die
sozialistische Arbeiterschaft zu
ihrer Verteidigung um sie scharen!

Erklärung.

In dieser Zeitschrift ist am 15. Oktober 1927 ein Artikel unter der Aufschrift „Wolfgang Jierhut, ein Führer des Aktivismus“, weiter am 5. November 1927 ein Artikel unter der Aufschrift „Die Moral des Aktivismus“ und endlich am 24. November 1927 ein Artikel unter der Aufschrift „Ein Führer des Aktivismus“ erschienen. In diesen Artikeln ist behauptet worden, Herr Abgeordneter des Abgeordnetenhauses Abg. Wolfgang Jierhut hätte sich im Kriege mit arztlichen Gütern beschäftigt, und wäre dafür wegen Veruntreuung verfolgt worden und hätte bei seinem Hofsauftritt unanständige und geschwätzte Machinationen vorgenommen. Nicht dem enthalten die Artikel eine ganze Reihe von Behauptungen, welche die Ehre des Abgeordneten Wolfgang Jierhut und des Abgeordneten Paul Stüber betreffen.

Zu allen diesen Behauptungen wurden wir irregulär durch die Ausführungen der Artikel des Bezirksgerichtes in Wien vom 10. November 1920, G. Z. II 126 20, des Bezirksgerichtes in Matzen vom 15. Mai 1920 II 350 20 und des Kreisgerichtes in Pilsen als Verurteilung.

Auf Grund des durchgeführten Strafverfahrens haben wir uns jedoch überzeugt, daß sämtliche die Ehre des Abgeordneten Wolfgang Jierhut und des Abgeordneten Paul Stüber betreffenden Behauptungen auf unrichtigen Informationen beruhen, der Wahrheit nicht entsprechen und daß insbesondere den Tatsachen widerspricht, der Abg. Wolfgang Jierhut hätte sich im Kriege auf unrechtmäßige Weise bereichert, wäre dafür wegen Veruntreuung verfolgt worden und hätte bei einem Hofsauftritt unanständige und geschwätzte Machinationen vorgenommen.

Da wir sohin dem Abg. Wolfgang Jierhut und dem Abgeordneten Paul Stüber keine unehrenhaften Handlungen vorwerfen können, widerrufen wir sämtliche beleidigenden Behauptungen der angeführten Artikel mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß es zur Veröffentlichung gekommen ist und ersuchen die beiden genannten Herren um Entschuldigung.

Die Redaktion.

Inland.

Die Christlichsozialen und der Mittelstand.

Die „Deutsche Presse“ polemisiert gegen unseren Artikel über den „goldenen Mittelstand“, indem sie in scheinheiliger, jesuitischer Weise die Untaten des Bürgerblods in Verdienste um den kleinen Mann umgudeutet. Jamos ist vor allem das Argument:

„Der österreichische, vor allem der Wiener Mittelständler hat seine Verelendung in erster Linie dem berühmten Wiener roten Regime zu danken.“

Sonderbar nur, daß die Wiener Mittelständler in ihrer übergroßen Mehrheit sozialdemokratisch wählen! Ihnen erwidern wir: Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie ihnen den Mieterschutz sichert, daß das rote Wien ihnen billige Wohnungen baut, daß es in der Kinder-, Jugend- und Altersfürsorge ihnen nach Kräften beifpringt, als eine weitaus bessere Förderung des Mittelstandes als die Politik Seipels, der die Hausrentenrente wiederherstellen, den Angestellten ein Drittel ihres Gehalts für den Mieterschutz abnehmen, die kleinen Geschäftskreise durch die hohen Mieten ruinieren möchte und die Masse des Volkes durch seine Steuerpolitik aushungert.

Beachte, kleine Gewerbetreibende, Angehörige, Lehrer, kleine Kaufleute können ja auch bei uns ein Lied von den Segnungen der Bürgerblodpolitik singen. Sie alle würden gern die paar Kreuzer zahlen, die etwa in Wien die Wohnungsbaukosten betragen, wenn dafür Wohnungen gebaut würden, statt daß sie Mietsüberträge für die reichen Besitzer der städtischen Mietskasernen auswerfen müssen. Wenn der Mittelstand aus den Mietskasernen, den Kongruabesitzern, den Großgrundbesitzern und den Bankiers bestünde, dann allerdings hätte er Ursache, christlichsozial zu wählen!

Verbot unserer Wahlplakate auch in Karlsbad.

Der Karlsbader „Volkswille“ reproduziert folgendes Dokument:

Policejní komisařství
v Karlových Varech dne 4./X. 1928
Policejní komisařství
in Karlsbad am
C. j.: 21666.
Z:

An den
„Sekretariat d. deutschen sozialdem. Arbeiterpartei“, Bezirksorganisation Karlsbad.

Zu Händen des Herrn
Anton Zaher
in Karlsbad — Graphia.

An Erledigung Ihres Ansuchens vom 31. Oktober 1928 um Kenntnisnahme und Bewilligung zur Affizierung der bei der Fa. Hempel-Teichmann gedruckten Plakate mit dem Text: „Weg mit den Verrentern der Lebensmittel“ und „Das sind die Läten des Bürgerblods“, wird Ihnen mitgeteilt, daß Ihrem Ansuchen im hiesigen Polizeibüro nicht stattgegeben werden kann, und daß das Aushängen und Affizieren dieser Plakate hiemit aus Gründen der öffentlichen Ordnung untersagt wird.

Gegen diesen Bescheid steht Ihnen die Berufung an die politische Landesverwaltung in Prag offen und müßte dieselbe binnen 14 Tagen nach Zustellung dieses Bescheides bei dem Polizeikommissariat in Karlsbad eingebracht werden. Derselben wird jedoch keine aufschiebende Wirkung zuerkannt.

Der Polizeirat u. Kommissariatsleiter:
Dr. Wotawa.

Sind wir in einem Narrenhaus.

Wie der Landesverwaltungsaußenrat bei der Streichung der Gemeinde- und Bezirksveranschläge vorgegangen ist, darüber erzählt Gen. L. P. in der „Freien Gemeinde“ nachstehendes:

Wie schon mehrfach gestrichen, gekürzt und aufgetragen wird, geht aus folgenden Beispielen hervor: Der Betrag für die deutsche Landes- und Bezirkskommission für Kinder- und Jugendfürsorge wurde in den Veranschlägen der Bezirke Wien und Dobruja belassen. Im Veranschlag des Bezirkes Austeritz wurde der Betrag für die Veranlagung für Lungenkranke gestrichen, in jenen von Asch blieb er unbeanstandet. Die Remuneration für den Waisenmeister darf in Austeritz bezahlt werden, in Falkenau nicht. Dem Bezirke Austeritz wurden die Beträge für den Bau des Bezirksgebäudes und die Betriebsmittel, Erhaltung und Versicherung des Bezirksautos bewilligt, der Lohn des Hausmeisters und des Chauffeurs gestrichen. Im Veranschlag der Stadtgemeinde Austeritz wurde der Betrag für die deutsche Blindenschule in Austeritz gestrichen, der in Teplitz unbeanstandet blieb. Im Austeritz Gemeindeveranschlag wurden sogar die Schulgebäude, der Anteil des Landes an der Luftbefeuchtung und der Anteil des Steueramtes am Ge-

bührenäquivalent gestrichen, das zur Erweiterung beitragen würde, wenn nicht alles so traurig wäre. Der Gemeindebezirk Austeritz wurde gestrichen, was sie für das Gemeindeobst einzunehmen hat. Im Veranschlag der Gemeinde Austeritz wurde durch eine geschwätzte und sinnlose Korrektur ein Ueberschuß von 72 Heller errechnet. Der Gemeinde Austeritz wurde der Betrag von 100.000 Kronen für Veranlagung und Rückzahlung eines Darlehens für den schon vor Jahren durchgeführten Bau der Bürgerhäuser um 41.000 Kronen gekürzt, obwohl es sich um eine Rechtsverbindlichkeit der Gemeinde handelt, und am 22. September 1928 der Auftrag erteilt, mit dem Geldinstitute eine Vereinbarung wegen Herabsetzung der Annuitätenraten ab 1. Jänner 1928 zu treffen. Der Veranschlag der Schulgemeinde Austeritz, die sich aus fünf politischen Gemeinden zusammensetzt, wurde bei jeder Gemeinde anders zurechtgestellt. Die Herren in Prag kamen nicht dahinter, daß es sich um einen und denselben Schulveranschlag handelt und der Ortschulrat weiß sehr wohl, welches von den verschiedenen korrigierten Veranschlagsexemplaren das richtige ist. Im Veranschlag für die deutsche Schule der Industriemündel Restonitz wurden unter anderem die Beträge für die Erhaltung fränkischer Kinder, für die Lehr- und Lernmittel, die Beheizung der Räume für die Lehrkräfte zur Gänge gestrichen, während sie im Veranschlag für die tschechische Schule zur Gänge belassen oder nur gekürzt wurden.

Verhandlungen über die Streikliquidierung in Austeritz. Ueber Anregung der koalitierten Bergarbeiterverbände und des Verbandes der christlich-sozialen Arbeiter in Brünn beruft das Bergbüttenamt in Brünn für heute, den 6. d. z., eine Konferenz ein, in der die Beendigung des Streikes in Austeritz-Neubauer Revier geregelt werden soll. (P. Z. M.)

Die Lehren des Bořer Unglücks unbeachtet.

Die unzulängliche Baunovelle von der Mehrheit angenommen.

Prag, 6. November. Das Abgeordnetenhaus zog in seiner heutigen Sitzung die Abänderung des unglückseligen Bauförderungsgesetzes in Verhandlung, dem die Hauptsache an den vielen Unglücksfällen zuzuschreiben ist, die sich in der letzten Zeit auf Neubauten ereignet und so viele Todesopfer geordert haben. Der von der Regierung noch im September eingebrachte Antrag ist völlig unzureichend; er bestimmt lediglich, daß die langjährigen Steuerbefreiungen, die nach dem letzten Bauförderungsgesetz nur noch für jene Neubauten gelten, die bis Ende Juni 1929 fertiggestellt sind, auch auf jene Neubauten ausgedehnt werden „können“, die bis Ende Dezember 1929 fertig werden; dabei gilt aber auch diese fakultative Begünstigung nur für Bauten, die vor dem 1. September dieses Jahres begonnen wurden.

Auch die Katastrophe auf dem Poritz hat die Regierung nicht dazu veranlassen können, diese Fristen entsprechend zu verlängern. Das überhastete Tempo auf den Neubauten wird also weiter gehen, denn jeder Bauunternehmer wird natürlich trachten, noch vor dem 1. Juli 1929 fertig zu werden, um die Steuerbegünstigungen noch nach dem alten Gesetz sicher zu erhalten; darauf, daß er diese Begünstigung noch bis Ende Dezember erhalten „kann“, wird sich niemand verlassen wollen. Alle die schlimmen Folgen des alten Gesetzes, die die Regierung selbst im Motivenbericht anführt, übersteht fast bei der Durchführung der Bauten und infolge dessen ungünstige Folgen in bautechnischer Hinsicht, abnormale Anspannung aller mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Industrie- und Handelszweige, erhöhte Nachfrage und dadurch eine Preissteigerung der Baumaterialien und eine Verwertung der Bauten überhaupt, bleiben daher unverändert bestehen.

Unsere Fraktion hatte zu der Vorlage einige Abänderungsanträge gestellt, die eine Erleichterung der maßgebenden Fristen bis Ende 1932 vorsehen, damit genügend Zeit zu einer Konsolidierung der Verhältnisse im Baugewerbe gegeben sei. Genosse Schuster begründete in der Debatte diese Anträge und forderte namentlich den Ausbau der Bestimmungen über die Gewerbeinspektion auf Neubauten sowie die entsprechende Heranziehung der Arbeiter zu dieser Bauaufsicht; in einer Uebersicht über die einschlägige Gesetzgebung der Nachbarstaaten zeigte er auf, wie rückständig die tschechoslowakische in diesen Dingen noch ist.

Selbst der Referent Dr. Labah gab zu, daß die Artikel an dem Baugesetz bis zu einem gewissen Maße berechtigt sei; allerdings würden die Baumeister auch bei längeren Fristen sich mit dem Bauen begnügen, damit sie möglichst bald Mietzinsen einheben können.

In der Debatte sprach noch Horpuzla (D. Rat.) Genosse Dr. Macel (tsch. Sozialdem.), der verlangt, daß das Wort „kann“ aus der Vorlage entfernt wird; wenn die Koalition den Baumeistern die Gewähr leisten will, daß sie das Baupensum verlangsamen können, weil die Frist für die Steuerbegünstigungen erstreckt wird, dann muß das auch im Gesetz eindeutig zum Ausdruck gebracht werden.

Der Kommunist Skola protestiert gegen die Verfolgung seiner Parteipresse. Gegen Schluß seiner Rede kommt es zu einem kommunistischen Kundgebung, als der Kommunist Zieuner, der eben eine längere Gefängnis-

strafe verbüßt hat, den Sitzungsraum verläßt. Die Proteste der Kommunisten gegen die Verletzung der Abgeordnetenimmunität und gegen die Einstellung ihrer Presse dauern auch während der Rede des Kommunisten Zuran noch lang an.

Genosse Schuster

erinnert an die Schredensstunden des 9. Oktober, als die Kunde von dem furchtbaren Baunglück auf dem Poritz die Prager Straßen durchschallte. Nach der ersten Bestürzung mußte festgestellt werden,

daß außer leichtsinniger Arbeit, Schamperci und schlechtem Material auch das Baugesetz an der Katastrophe mitschuldig ist.

Selbst die offizielle „Prager Presse“ schrieb am 10. Oktober, daß das Baugesetz mit seinen kurzen Fristen im Baugewerbe eine schwere Benützung hervorgerufen hätte, daß eine ungesunde Hast in der Bantätigkeit eingetreten sei und daß diese überhastete Arbeit auch mit einer Ursache dieses furchtbaren Unglücks sei. In den gerade tagenden Parlamentsausschüssen wurde von den sozialistischen Parteien sofort das Verlangen nach

verschärfter Bauaufsicht

gestellt und gefordert, auch bei uns der Arbeiter-schaft einen Einfluß auf die Gewerbeinspektion bei Bauten zu wahren und ihr das Recht zu geben, durch ihre bevollmächtigten Organe auf den Bau zu feststellen, ob die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Wie sieht es nun mit der Gewerbeinspektion bei Bauten praktisch aus?

Die Gewerbeinspektoren stellen allgemein fest, daß hier die denkbar ungünstigsten Verhältnisse anzutreffen sind. Anzeigen fruchten in der Regel wenig oder gar nichts; im Höchstfall werden die Unternehmer mit geringen Geldstrafen belegt, die geradezu eine Prämie dafür bilden, die Schutzbestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1907 weiter zu ignorieren und weiterhin Menschenleben in gewissenloser Weise aufs Spiel zu setzen.

Es wird auch hier immer wieder geltend gemacht, daß es an Menschen und an Zeit mangle, um der Gewerbeinspektion auf Bauten genügende Aufmerksamkeit zu widmen.

Daß es unter Umständen der staatlichen Macht weder an Menschen, noch an Zeit mangle, wenn sie diese ihre Macht zur Geltung bringen will, sehen wir jetzt kurz nach der Ausschreibung der Wahlen. Die politischen Behörden bringen außerordentlich viel Zeit dafür auf, um Wahlplakate, Wahlkreise und ähnliche Maßnahmen der politischen Parteien für den Wahlkampf zu prüfen; es gibt genügend Zeit und genügend Menschen, die sich der Mühe unterziehen, die Beschlagnahmen, Konfiskationen und sonstigen Kostspieligkeiten vorzunehmen! Wenn man für diese Zwecke genügend Menschen hat, dann muß es auch genügend Menschen geben, um Gesundheit und Leben der Bürger in diesem Staate einigermaßen besser zu schützen als bisher!

Man hat auch in Regierungskreisen zugeben müssen, daß die staatliche Bauförderung die eine Wohlthat für die Bevölkerung werden sollte, in Wirklichkeit nur den kapitalistischen Kreisen eine gewaltige Spekulationsmöglichkeit eröffnet hat. Wir müssen heute mit allem Nachdruck

verlangen, daß die Überprüfung der baulichen Verhältnisse und der Baumaterialien in Zukunft eine andere werde, als bisher.

In dem bis zum Jahre 1924 gültigen Baugesetz waren auch Preiskommissionen vorgesehen, aber die bürgerlichen Parteien haben sofort getrachtet, sie aus der Welt zu schaffen, angeblich, weil sie ihren gesetzlichen Zweck nicht zu erfüllen vermöchten, in Wirklichkeit aber, weil sich die bürgerlichen Spekulanten nicht dreineben lassen wollten, welche Profite sie bei den Baumaterialien einstecken dürfen. Es darf einen nicht Wunder nehmen, wenn von schlechten Baumaterialien gesprochen wird. Wenn die Baustoffindustrie in der Lage ist, bei aller Konkurrenz noch 22 Prozent Dividenden zu zahlen, wie die Königinhofer Zementfabrik im abgelaufenen Geschäftsjahr, dann muß dies natürlich auf Kosten der Güte der Baumaterialien gehen.

Mit der gegenwärtigen Gesetzesvorlage, zu der wir Abänderungsanträge stellen, wird an den derzeitigen Verhältnissen nicht allzu viel geändert werden. Die Verlängerung der Fristen wird den bürgerlichen Parteien ein willkommenes Anlaß sein, darauf hinzuweisen, daß durch die Verbesserung des Baugesetzes ein Grund mehr vorhanden sei, den Mieterschutz aus der Welt zu schaffen. Die Feinde des Mieterschutzes sind tüchtig am Werke und tragen dafür Sorge, daß der Mieterschutz über kurz oder lang zu Falle gebracht werde. Demgegenüber müssen wir verlangen, daß ein ordentliches, langfristiges Bauförderungsgesetz und ein geordneter Mieterschutz für die Arbeiterklasse dieses Staates geschaffen werde.

Wir wollen hoffen, daß es der Arbeiter-schaft am 2. Dezember möglich sein wird, durch ihr Votum mit dem Stimmzettel diese ihre Wünsche zu erzwingen! (Beifall)

Die letzten Debattenredner sind Mikulíček (Komm.) und Ing. Zahorilský (tsch. Nat. Z.)

Nach 7 Uhr abend wird die Debatte beendet und die Vorlage in der Ausschussfassung von der Mehrheit unter Ablehnung aller Abänderungsanträge zum Beschluß erhoben.

Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, um halb 10 Uhr früh. Tagesordnung: 1. Sozialversicherung; 2. Veränderung des Alkoholverbots bei Wahlen; 3. Zweite Lesung der Baunovelle; 4. Baunovelle.

Die tschechischen Nationalsozialisten beantragen, die nächste Sitzung erst für Donnerstag einzuberufen, damit der Annullationsaußenrat morgen den Fall Zuka erledigen könne, bleiben damit jedoch in der Minderheit.

Neuerliche Verschleppung der Sozialversicherung.

Bestenfalls Mitte Dezember im Plenum.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses legte in seiner heutigen Sitzung das Projekt zum Entwurf der Sozialversicherung für Privatangehörige vor. Die Sozialversicherung für Privatangehörige soll insofern Rechnung getragen werden, als der sozialpolitische Ausschuss in den nächsten Wochen permanent tagen soll. Das Plenum soll die Vorlage erst in der zweiten Dezemberhälfte kommen. Dieser Termin muß aber als sehr unwahrscheinlich bezeichnet werden, weil sich in den wenigen Tagen, die dann vor Weihnachten noch zur Verfügung stehen, gewöhnlich so viele terminierte Vorlagen anammeln, daß zur Beratung der Sozialversicherung kaum viel Zeit übrig bleiben wird. Es besteht also die große Gefahr, daß trotz aller Versprechungen die Vorlage wieder bis nach dem 1. Jänner hinausgeschoben wird und zu diesem Termin nicht mehr in Kraft treten kann.

Der verfassungsrechtliche Ausschuss sollte die Regierungsvorlage über die Einführung neuer Orden in Beratung ziehen, doch erklärte der Berichterstatter Dr. Slavík, er habe die Vorlage noch nicht durchstudieren können; die Vorlage wurde daher zurückgestellt. In der letzten Sitzung hatte der Ausschuss beschlossen, im Anschluß an einige Vorlagen des Justizministeriums eine allgemeine Debatte über unsere Justizverhältnisse abzuführen und zu diesem Behufe einen Vertreter des Justizministeriums und den Personalreferenten des Ministerpräsidenten einzuladen. Der Personalreferent erschien aber einfach nicht, worauf der Ausschuss beschloß, das Ministerpräsidentenamt zur Delegation des Personalreferenten offiziell aufzufordern.

Senat.

In der Budget-Generaldebatte am Montag führte Genosse Rejzl u. a. aus:

Schon bei den Ausführungen des Generalberichterstatters fiel es auf, daß er nicht wie im Vorjahr den Finanzminister Engliš gelobt hat. Seine Rede im Vorjahr war ein einziges Lob für den Finanzminister, heute haben wir das vermisst. Man sieht, daß die Koalition, nachdem Finanzminister Engliš in ihren Diensten seine Pflicht getan hat, ihn nun fallen läßt. Ich habe das Budget mit dem Rechnungsbudget verglichen, der pro 1927 vorgelegt wurde. Man macht da sonderbare Wahrnehmungen. Im Jahre 1927 hat das Verteidigungsministerium seinen Veranschlag um 75 Millionen überschritten (darunter finden wir 25 Millionen für Anschaffung

von Augmentationsvorläufen, obwohl diese Post gar nicht präliminiert war, obwohl im Jahre 1927 schon der Rüstungsfonds mit 330 Millionen belastet war. Ferner finden wir eine Ueberforderung bei der sogenannten russischen Disposition um 52 Millionen, auch das Kultusbudget ist um 25 Millionen überschritten worden, während am Budget für die Kriegsbeschädigten 9 Millionen erspart wurden.

Die indirekten Steuern haben im vorigen Jahr schon um 702 Millionen mehr eingebracht als der Finanzminister für das Jahr 1929 budgetiert hat. Diese Reserve ist zu hoch. Andererseits finden wir in den Rechnungsabläufen Ueberforderungen und es wird uns dadurch klar, daß diese Reserve gemacht werden, um vieles der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen. Die Steuerhörsände betragen für 1927 fast 6 Milliarden, dabei an Umsatzsteuer 1086 Millionen, an Verbrauchssteuern 177 Millionen. Also Steuern, die tatsächlich schon eingehoben wurden, werden dem Staate vorzuenthalten, die kapitalistischen Inhaber können mit diesen Geldern ihre Geschäfte führen.

Genosse Rejzl sprach dann über die böswillige Zensurpraxis, durch welche sich die Regierungsparteien vor den Wahlen schützen wollen und reagiert auf die Oppositionskomodie des Christlich-sozialen Hilgenreiner:

Eine ähnliche Rede, wie heute hat er schon im Vorjahre gehalten, heute hat er nur mit Rücksicht auf die Wahlen den Forderungen mehr Nachdruck verliehen. Sie werden mit dieser Zuredel auf die Koalition nichts erreichen. Sie haben es doch in der Hand, ob das Budget steht oder fällt. Sie geben sich den Anschein, daß Sie gewisse Forderungen für die deutsche Bevölkerung erreichen wollen. Die deutsche Bevölkerung weiß, warum sie in die Regierung gegangen sind und dort bleiben. Sie wollen die von Ihnen vorgebrachten Forderungen gar nicht im Ernst durchsetzen, sonst müßten Sie in der Koalition anders reden. Sie können sich ein Beispiel an Ihren slowakischen Koalitionskollegen nehmen, die bedeutend mehr für ihr Volk erreichen. Was Sie gesagt haben, war im Grunde genommen richtig, aber Sie reden vor der Wählerschaft anders. Wenn Sie sich die Reden der Minister Mann-Harting und Spina durch und Sie werden einen großen Unterschied finden. Diese erzählen der Wählerschaft, was sie alles erreicht haben. Wenn Sie am Schluß Ihrer Rede dann sagen, daß Sie trotzdem für den Voranschlag stimmen, so haben Sie damit alles ab absurdo geführt, was Sie vorher gesagt haben.

Gestern abends sprach Genosse Rejzl nochmals eingehend über die unerhörten Zensurpraktiken, denen der „Sozialdemokrat“ und seine Kopfbilder gestern neuerlich zum Opfer fielen. Auf seine Rede werden wir noch zurückkommen.

Die Vertreter der Textilarbeiter beim Minister für soziale Fürsorge.

Gestern erschien eine Abordnung der Vertreter der Textilarbeiterorganisationen, und zwar des Brünner, Reichenberger und Nachoder Verbandes, geführt von den Abgeordneten Tauß, Zaherle und Tschug beim Minister für soziale Fürsorge Dr. Sramel, um ihm persönlich das Memorandum der Organisationen über den unerfreulichen Zustand und die erhöhte Arbeitslosigkeit, die im Textilgewerbe herrscht, zu überreichen. Gleichzeitig wurden die Anträge auf Verbesserung des bisherigen Genter Systems vorgelegt, und zwar dahingehend, daß die Unterstellungen erhöht und verlängert werden. Gleichzeitig machten die Vertreter der Textilarbeiter auf den katastrophalen Zustand tausender Arbeitsloser in der Leinenindustrie aufmerksam und verlangten, daß die außerordentlichen Unterstellungen für diese Gruppe der Arbeiter, welche am 17. November eingestellt werden sollten, von neuem verlängert und erhöht und ihre Gültigkeit auf gewisse andere Bezirke ausgedehnt werden. Die angeführten Verbände haben 15 Millionen K an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt und die Defizite dieser Verbände betragen an vier Millionen K. Die Vertreter der Arbeiterklasse verlangten vom Minister dringend die baldige Verbesserung dieses Gesetzes und machten ihn gleichzeitig darauf aufmerksam, daß der Regierungsantrag auf Novellierung des Gesetzes über den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung vollkommen ungenügend sei und verlangten, daß das Ministerium für soziale Fürsorge bei dieser wichtigen Frage die Anträge, der in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung (gemeinsame Landeszentrale) vertretenen Verbände beachte. Der Minister für soziale Fürsorge Dr. Sramel antwortete der Abordnung, daß er die besondere Bedeutung der schweren Verhältnisse der Textilindustrie und der arbeitslosen Arbeiterklasse erkenne und daß er sich bemühen werde, daß insbesondere für die Arbeiter der Leinenindustrie die Unterstützung verlängert werde, aber wegen der Erhöhung der Unterstützung könne er nichts versprechen. Der Minister versicherte der Abordnung weiter, daß er die Anträge der Gewerkschaftsverbände studieren und überprüfen lassen werde, daß er aber da nichts bestimmtes versprechen könne. Er selbst sei für die Beschleunigung der Novellierung des Genter Systems. Er betonte weiters, daß die Frage der Novellierung nicht nur vom Standpunkt der Arbeitslosigkeit der Textilarbeiter, sondern ganz allgemein gelöst werden müsse.

Demission des Kabinetts Poincaré.

Durch den Austritt der radikalen Minister veranlaßt. — Neue Mehrheit oder neue Minister?

Paris, 6. November. Die Minister haben beschlossen, dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts zu übermitteln.

Paris, 6. November. Der sozialistisch-radikale Kongress in Angers schloß gestern in der Nacht plötzlich seine Arbeiten, welche erst heute nach der am Montag stattfindenden Plenarsitzung erledigt werden sollten. Der politische Hauptteil der Arbeiten war anscheinend zwar bereits am Sonntag erledigt, doch brachte der gestrige Tag eine Ueberraschung. Der linke Flügel der Partei, welcher mit der am Sonntag beschlossenen Ablehnung des Zusatzes unzufrieden war, durch welchen die sozialistisch-radikalen Minister zum Austritt aus dem Kabinete aufgefordert wurden, benutzte die gestern erfolgte Abreise Serriots nach Paris und leitete über Initiative des Senators Gailleur eine Offensive ein. In der Nachtsitzung wurde unerwartet eine Tagesordnung eingebracht, in welcher erklärt wird, daß der weitere Bestand des Kabinetts Poincaré mit dem Programm der Partei unvereinbar sei. Dem Senator Maurice Sarrant gelang es zwar, durch sein Einschreiten beim Senator Gailleur eine Milderung des Textes der Tagesordnung durchzusetzen, nichtsdestoweniger schließt die unter Teilnahme von nur

400 Delegierten von der Gesamtziffer von 1500 angenommenen Aundgebung des Kongresses mit folgendem Satz: Der Kongress gelangte nach Befragen seiner Parlamentsmitglieder zu der Anschauung, daß die Ausführung des Programms der Partei von der Regierung der nationalen Einigung nicht gesichert werden könne. Nur die Politik der Vereinigung der Linksparteien um dieses Programm sei fähig, diese großen Aufgaben zu übernehmen und so den Hoffnungen der französischen Demokratie gerecht zu werden.

Paris, 6. November. Vor dem Ministerrat, der heute vormittags stattfand, haben die vier radikalen Minister Serriot, Sarrant, Ducille und Perrier sich ins Finanzministerium begeben und eine lange Unterredung mit Ministerpräsidenten Poincaré gehabt. Sie haben ihm mitgeteilt, daß sie auf Grund der Beschlüsse des radikalen Kongresses von Angers sich gezwungen sehen, ihm ihre Demission zu übergeben. Nach dieser Unterredung hat Ministerpräsident Poincaré sich ins Elysée begeben, wo der Ministerrat stattfinden sollte. Der Präsident der Republik hat die übrigen Minister allein gelassen, damit diese unter sich in voller Freiheit über die Lage beraten, die durch die Demission der radikalen Minister geschaffen ist.

Unter dem Druck der Arbeiterpartei.

Macdonalds Antwort auf die Thronrede — Baldwin ist außerstande, zu erwidern!

London, 6. November. Die Parlamentsöffnung durch den König in Anwesenheit der Peers, der Unterhausmitglieder und der fremden Diplomaten bot das gewohnte glänzende Bild. Die Minister und Parteiführer wurden durch lebhaftes Händelschlagen begrüßt. Zu Beginn der Aussprache im Unterhaus über die Antwortadresse auf die Thronrede ergriff Macdonald als Führer der Opposition das Wort, um scharfe Kritik an der Haltung der englischen Regierung auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik zu üben. Durch die Vorbehalte der englischen Regierung zum Anti-Kriegspakt, so erklärte er, sei dieser in seinem Kern zerstört worden. Die Regierung habe ihr Bestes getan, um den Tätigkeitsbereich des Völkerbundes einzuschränken und der vorbereitenden Abrüstungskonferenz alle nur möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. „Ich kann nicht annehmen“, so erklärte Macdonald, „daß den Urheber des englisch-französischen Flottenabkommens unbekannt gewesen sein sollte, daß dieses Abkommen keinen einzigen neuen Punkt enthielt, und daß jeder der Punkte, in dem wir Frankreich Zugeständnisse gemacht haben, bereits von Amerika, Italien oder Deutschland abgelehnt worden ist.“

Die Arbeiterpartei hat beschlossen, bei der Aussprache über die Antwortadresse einen Änderungsantrag hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und der Lage in der Industrie einzubringen.

London, 6. November. (Reuter.) Ramsay Macdonald erklärte in seiner Rede im Unterhaus weiter, daß das englisch-französische Marineabkommen kein Abkommen zur Einschränkung der Kriegsrüstungen, sondern eher ein Abkommen sei, daß die Rüstungen nicht beschränkt werden. Schließlich erklärte der Führer der Opposition, daß während der Baldwin-Regierung Hunderttausende von Personen verarmt sind, ferner, daß diese Regierung ihre Verpflichtungen nicht erfüllt hat und daß sie sich eine glänzende Gelegenheit entgehen ließ, um auf dem Wege zum Frieden fortzuschreiten zu können.

Premierminister Baldwin erklärte darauf in kurzer Form, daß die Regierung auf die Angriffe, soweit sie die Außenpolitik und die Arbeitslosigkeit betreffen, antworten werde, bis Änderungsanträge zu diesen Fragen vorliegen. Macdonald protestierte gegen diese Absicht der Regierung und verlangte die sofortige Beantwortung. Premierminister Baldwin beharrte jedoch auf seinem Entschlusse. Er bemerkte, der Angriff auf die Handelswege der Regierung von Seiten der Opposition sei während der letzten Monate so allgemein gewesen, daß es für die Regierung unmöglich sei, zu erwidern, bevor sie nicht auch den Standpunkt des Führers der liberalen Partei, Lloyd George, gehört habe. Im Hause herrschte einige Ueberraschung, als zutage trat, daß dies alles war, was der Premierminister zu sagen hatte.

Macdonald erhob sich sofort und fragte, ob die Regierung denn gar keine Erklärung über auswärtige Angelegenheiten und über das englisch-französische Abkommen zu machen habe, die ihre Haltung klarstelle, ohne Rücksicht darauf, was Lloyd George oder er selbst darüber zu sagen hätten.

Baldwin erwiderte: „Wir haben ein Weis-

buch veröffentlicht. Wir wissen, daß wir in dieser Frage einen Mistranss Antrag zu gewärtigen haben. Dies wird die Gelegenheit sein, bei der die Regierung ihren Standpunkt klar machen wird.“

Snowden besagte sich darüber, daß Baldwin das Haus mit noch nie dagewesener Unhöflichkeit behandelt habe und bemerkte, es habe sehr wenig Wert, die Erörterungen heute fortzusetzen, wenn die Regierung unwillig oder unfähig sei, eine Erwiderung auf die Verurteilung ihrer Außenpolitik zu geben. Er beantragte daher Vertagung der Debatte auf morgen. Baldwin nahm diesen Vorschlag an, worauf sich das Haus vertagte.

Die Anträge der Arbeiterpartei.

London, 6. November. Der von der Arbeiterpartei vorgelegte Änderungsantrag wird das Bedauern ausdrücken, daß, obwohl sich die Regierung seit vier Jahren im Amt befindet, die bei den allgemeinen Wahlen gemachten Versprechungen unerfüllt geblieben seien, daß das Land durch die Frage der Arbeitslosigkeit so schwer belastet sei, daß in vielen Grubenbezirken schreckliche Verhältnisse herrschen, daß die Vorschläge in der Thronrede völlig ungeeignet seien, der bestehenden Lage der Industrie Rechnung zu tragen und eine Besserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Der Antrag wird insbesondere bedauern, daß das oft wiederholte Versprechen, die Gewerbebeschäftigung zu achten, nicht eingelöst worden sei. Der zweite Änderungsantrag wird das Bedauern ausdrücken, daß das englisch-französische Flottenabkommen unter derartigen geheimnisvollen Begleitumständen zustande gekommen sei, daß dadurch der gute Glaube des Landes in Zweifel gezogen worden sei, daß sich das Abkommen vom Geist des Völkerbundes entferne und den Erfolg des Anti-Kriegspaktes in Frage gestellt und die Verwirklichung des dauernden Friedens durch internationale Abrüstung aufhebe.

600 Kandidaten der Labour-Party.

London, 6. November. (Reuter.) Macdonald hielt gestern in einer Erklärung der Labour Party eine Rede. Er erklärte, der Vollzugsanspruch der Labour Party habe einstimmig beschlossen, bei den nächsten allgemeinen Wahlen für das Unterhaus in sämtlichen Wahlbezirken, in welchen die Sektionen der Arbeiterpartei geeignete Kandidaten zu empfehlen in der Lage sein werden, zu kandidieren. Es werden demnach etwa 600 Kandidaten der Labour Party aufgestellt werden.

Österreich unterzeichnet den Kellogg-Pakt.

Wien, 6. November. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurde die Regierungsvorlage über den Beitritt Österreichs zum Kellogg-Pakt einstimmig angenommen. Im Namen der Sozialdemokraten gab Dr. Ellenbogen eine Erklärung ab, in der es heißt: „Wir betrachten den Kellogg-Pakt als eine Verheugung, die das Laster der Tugend, die der Imperialismus der Regierungen dem Friedenswillen der Völker macht. Es ist ein um so größerer Fortschritt, daß

Gegen die Verfolgung unseres Jugendverbandes.

Auch der polnische sozialistische Jugendverband in der Tschechoslowakei hat sich dem gestern veröffentlichten Aufruf angeschlossen. Als Vertreter dieses Verbandes zeichnen die Genossen Josef Vadura und Johann Wiglasz.

Militärzeit und Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Nach Informationen der „Pita.“ haben sich die Regierungsparteien entschlossen, in die soeben verhandelte Sozialversicherung der Privatangestellten die Bestimmung aufzunehmen, daß die militärische Präsenzdienstzeit mit 3000 K jährlich einzurechnen sei, während die Nachkommision als tatsächliche Durchschnittseinnahme 9 bis 12.000 K in Vorschlag gebracht hat. Als Motiv dieser ungünstigen Entscheidung wird angeführt, daß auch in der Arbeiterversicherung die militärische Präsenzdienstzeit nach der ersten Gehaltsstufe versichert werde und die Regierungsparteien sind der Ansicht, daß man der Beamtenerschaft in der Versicherung nicht mehr geben könne als der Arbeiterschaft. Der Aktionsausschuß der Versicherten protestiert gegen diesen Grund und weist die Auffassung zurück, daß die Beamtenversicherung selbständig zu sein habe, weil ihre Prinzipien andere sind. Der Aktionsausschuß sieht in einer solchen Entscheidung eine Gefährdung der Selbstständigkeit der Sozialversicherung der Privatangestellten, deren Berechtigung statistisch und sozialwissenschaftlich erwiesen sei und fordert eine Revision der von den Regierungsparteien betriebenen Politik. Gleichzeitig tritt er für eine raschere Erledigung des Regierungsentwurfes durch die Pensionsversicherung der Privatangestellten ein.

man es nicht mehr wagt, den Krieg für ein Stahlbad der Völker zu erklären, sondern, daß die Regierungen selbst den Krieg als Verbrechen gegen die Menschheit erklären müssen. Diefelben Regierungen, die so oft die Sozialisten aller Länder als Verräter am Vaterland verfolgt haben, weil sie den Krieg für ein Verbrechen erklärten. Aber wir haben keinerlei Illusionen darüber, welche geringe praktische Bedeutung die Rechnung des Krieges durch die kapitalistischen Regierungen hat. Die Vorbehalte, mit denen die Regierungen der Großmächte die Unterzeichnung begleiten und entwertet haben, beweisen, daß sich diese Regierungen das Recht und die Möglichkeit zu den Waffen zu greifen, vorbehalten. Das beweist, daß die imperialistischen Regierungen die Rechnung des Krieges nur als eine heuchlerische Phrase bemühen. Auch Österreich hat das bereits erfahren, wie wenig ernst die imperialistischen Regierungen die Rechnung des Krieges nehmen. Wenige Tage nach der Unterzeichnung des Paktes hat die französische Regierungspresse mit schamloser Offenheit Österreich mit Krieg bedroht, weil das österreichische Volk von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen und den Anschluß an Deutschland vollziehen wollte. Auch Ungarn hat seine Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung mit einem Vorbehalt erklärt, der zeigt, daß die ungarische Regierung nicht darauf verzichten will, ihre irredentistischen Pläne mit kriegerischen Mitteln zu verfolgen. Die unserer Republik gegenüber eine Bedrohung des Friedens ist. Wir Sozialisten werden in Übereinstimmung mit allen sozialistischen Parteien aller Länder ohne jede Illusion über die praktische Bedeutsamkeit des Paktes im Augenblick, aber in der festen Zuversicht, daß das Erstarben der internationalen Arbeiterbewegung dem Pakt Leben verleihen wird, für den Beitritt stimmen.

Der Bundeskanzler erklärt dann, auch die Regierung betrachte den Pakt noch nicht als letzten Schritt dieser Verhandlung des Rechts, wohl aber als den hoffnungsvollen Schritt. Der Pakt wurde einstimmig beschlossen.

Rumäniens Finanz- und Regierungskrise.

Ein neuer Chef für die alte Firma gesucht. Bukarest, 6. November. Im Hinblick auf den Abschluß der Beratungen mit den Führern der einzelnen Parteien und in Erwartung des Eintreffens des Gefandten Titulescu hat der Regentsschaftsrat bis auf weiteres die Annahme aller Besuche verschoben. Die Blätter äußern in ihren Kommentaren über die Lage bisher Zweifel, daß es gelingen werde, eine nationale Regierung zu bilden, und halten es eher für möglich, daß unter Mithilfe Titulescus ein Kabinett mit dem Führer der nationalen Bauernpartei Maniu an der Spitze gebildet werden wird. Einer Meinung der „Dimineata“ zufolge haben die ausländischen Finanziers telegraphisch ihre Bereitwilligkeit erklärt, sofort nach der Konstituierung einer neuen Regierung zur Unterfertigung der Stabilisierungsanleihe zu kommen. Der Führer der nationalen Bauernpartei Maniu hat einen Aufruf erlassen, in welchem er der Partei empfiehlt, jedwede Manifestation zu unterlassen, und erklärt, daß die Regierungskrise in einem für die nationale Bauernpartei günstigen Sinne gelöst werden wird.

Von der Deutschen Arbeits- und Postkartengemeinschaft.

Oder: Wo jubelt Parteien sind, gründet man eine neue.

Die „Reichenberger Zeitung“ eröffnete ihrerseits die Wahlkampagne mit einem Leitartikel zu Ehren der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft“. Der diesen Artikel gelesen hat und nicht Herrn Dr. Rosche wählt, ist einfach ein Dummkopf, nicht länger wert, die „Reichenberger Zeitung“ zu lesen. Denn Dr. Rosche hat, wie man da erfährt, geradezu den Stein der Substanz gefunden, ist auf dem Sprung, dem Ueberflutungs der deutschen Parteien ein Ende zu machen, noch dazu auf die einfachste Weise: nämlich indem er eine neue Partei gründete. Was noch keinem gelungen ist, gelang diesem fideleisenden Messias: die Deutsche Demokratie zu veranlassen, ihren Namen aufzugeben! Das ist nun freilich ein Verdienst — wenns anhängt — denn damit hat der deutsche Liberalismus gezeigt, wo der Zimmermann für ihn das Loch gelassen hat: bei den Fabrikanten. Was ein rechter Deutschdemokrat ist, läßt sich dabei auch nicht durch den Umstand irritieren, daß der Führer der neuen Gemeinschaft geradezu von der antielementarischen Deutschen Nationalpartei kommt, und daß die Dritten im Bunde, die Gewerkepartei, laut Parteiprogramm zu streng arisch-christlichen Grundsätzen verpflichtet sind. Die wiederum freilich haben sich entschlossen, was die „Reichenberger Zeitung“ tief bedauert, bei den Wahlen ihren eigenen Weg zu gehen. Aber das macht angeblich nichts, denn die Hauptsache ist doch, daß der Gedanke des Herrn Dr. Rosche im deutschen Volksbewusstsein schlägt: „Das Volk, die breite Masse des denkenden Volkes, stimmte dem Vorschlag (Dr. Rosches) zu.“ Welche Feststellung einen Begriff davon gibt, wie bescheiden die Vorstellungen dieser Herren von der „breiten Masse“ sind, die sich in Wahrheit einen Teufel um diese Fabrikantenpartei schert. Macht aber auch nichts. Der Gedanke, der Gedanke ist doch die Hauptsache!

Allein, wie wird uns? Da steht doch in demselben Artikel:

„Ein neuer Gedanke? Eigentlich nicht!“

Also vielleicht überhaupt kein Gedanke? Nein, einer ist doch vorhanden, zumindest was die „Reichenberger Zeitung“ anlangt. Denn im Inneren derselben Nummer dieses Blattes werden die mit Herrn Rosche Sympathisierenden aufgefordert, eine Postkarte zu unterschreiben und Herrn Rosche einzuschicken, die der ganzen Auflage dieser Nummer (nur nicht dem Exemplar, das wir abonnieren) beilagt.

Es entstehen folgende Fragen:

Hätte die „Reichenberger Zeitung“ diesen fulminanten Artikel für Herrn Dr. Rosche — der „das Höchste opfert“, „sein Parlamentsmandat“ — auch gebracht, wenn ihrer Auflage diese Postkarten nicht beigelegt worden wären?

Ist die „Reichenberger Zeitung“ so begeistert von der „Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft“, daß sie ihr diese Beilage gratis einräumte, während doch sonst unseres Wissens solche Reklame nicht schlecht bezahlt wird?

Hat Herrn Dr. Rosche der Artikel, den die „Reichenberger Zeitung“ ihn vielleicht vorher lesen ließ, so gut gefallen, daß er überzeugt war, er könne jetzt mit seinen zukünftigen Wählern bereits Postkartengründe tauschen — oder überzeuge diese Postkartenintimität die „Reichenberger Zeitung“ so sehr von der Durchschlagskraft der Roschischen Argumente, daß sie ihnen einen verächtlichen Leitartikel widmete?

Jedenfalls würde die Idee Nachahmung verdienen. Aber im politischen Leben darf man schon gar nicht plagiierten und so wird diese Art. mit den erhofften Wählern zu verfahren, vorläufig auf Herrn Dr. Rosche und seine Partei beschränkt bleiben. Um so mehr wird jeder Substante den Ehrgeiz haben, schon bei diesen Wahlen zum Ausdruck zu bringen, daß es nichts Höheres gibt — wenn man von einem Parlamentsmandat absieht — als der „Deutschen Arbeits- und Postkartengemeinschaft“ anzugehören...

Tagesneuigkeiten.

Zweihunderttausend.

Zum Kampf der deutschen Metallarbeiter.

Zweihunderttausend sperrt man das Brot, Zweihunderttausend in bitterster Not, Zweihunderttausend ins Elend gekehrt, Zweihunderttausend auf's Pflaster gesetzt!

Zweihunderttausend geht sorgend umher, Die Kinder hungern, die Schränke sind leer, Zweihunderttausend — sie stehen nur voran, Der Schlag gilt der Klasse, dem Arbeitsmann!

Zweihunderttausend — die Tore sind dicht —, Zweihunderttausend — ihr knebelt sie nicht, Zweihunderttausend — ein eisernes Band —, Millionen reichen den Brüdern die Hand! —

Rufa.

Direktor Hartgeld spricht im Bankenverband!

„Meine Herren! Wir haben die Forderungen der Bankbeamten nach Auszahlung einer Notstandszulage abgelehnt, weil wir ein solches Verlangen als unbegründet anerkennen und daher ablehnen mußten. In diesen Tagen, da wir das Jubiläum der stabilisierten Wirtschaft feiern, einer Wirtschaft die stets für uns eine Quelle des Gewinns war, ob die Konjunktur nun gut oder schlecht, in diesen Tagen lehrt uns ein Blick in das eigene Portefeuille, in das eigene Safes, zeigt uns der Besitz unseres Autos, der Luxus unserer Frauen und unserer Freundsinnen, daß von Not keine Rede sein kann. Meine Herren, wir sind ja, dank unserer demokratischen Weltanschauung nicht verpflichtet unsere Ablehnung dieser impertinenten Forderung irgendwie zu begründen und wenn ich hier im intimen Kreise den Versuch einer Rechtfertigung unserer Haltung unternehme, so geschieht das nur, um den furchtbaren Eindruck des Vortrags „Notstandszulage“, abzuschwächen.“

Meine Herren! Der Gradmesser für die Bedürfnisse der Menschheit im allgemeinen und der uns unterstellten Beamten im besonderen sind wir. Wir sind dank unseres Einkommens, dessen bescheidene Höhe von mindestens drei Millionen jährlich, jedem unserer führenden Bankenverbandsmitglieder hoffentlich auch weiterhin gesichert erscheint, in der Lage, jede, auch nur die geringste Preissteigerung auf dem Wirtschaftsmarkt, wenn schon nicht wahrzunehmen, so doch vorzunehmen und so eine Schmälerung unserer Einkünfte zu verhindern. Daß uns bei diesen Bemühungen irgend eine begabte Autorität von anderer Seite hinderlich werden könnte, ist von uns nicht zu befürchten. Nicht nur daß wir über alle herrschen, beherrschen wir auch alle die Kunst des Fälschens. Ja wir sind auf diesem Gebiet geradezu Meister in unserem Fach und können ruhig erklären, daß es nicht wahr ist, wenn man behauptet, wir könnten in mancher Hinsicht vor dem Strafgesetzbuch stehen; wahr ist vielmehr, das Strafgesetzbuch steht vor uns. Es ist nicht wahr, daß wir keinen Blick für die Not unseres Nächsten haben. Wo immer sich ein wirtschaftlich Schwacher befindet, stehen wir ihm bei, bis er sich in unserem Besitz befindet und beiträgt zur Erhöhung unserer Konten. Wir wissen sehr gut, daß Geld nicht nur hart macht, sondern auch weich. Sie sehen meine Herren, daß das Wort „Notstandszulage“ für uns keinen Sinn verliert; daß es vielleicht eine Bedeutung für gewisse unzufriedene Elemente hat, braucht uns nicht zu beunruhigen. In kritischen Momenten, beispielsweise bei Abhaltung von Staatseierlichkeiten, drängen sich solche unbequeme Herrschaften mit sozialen Forderungen wohl in den Vordergrund — na und da meine Herren überlassen sie es getrost der Taktik unseres Verbandes, die Elemente, mit demokratischer Gesinnung nach den Feierlichkeiten wieder in den Hintergrund zu schieben. Der Demokratie, wie wir sie aufstellen, ist Genüge getan mit der Nichtbeachtung eines gegebenen Versprechens! Auf Wiedersehen meine Herren.“

2000 Todesopfer einer Cholera-Epidemie

London, 5. Nov. (Eig. Drahtber.) Im indischen Staate Travancore ist eine Cholera-Epidemie ausgebrochen. Die Krankheit hat bereits 2000 Todesopfer, das sind 62 Prozent aller Erkrankten, gefordert. In der Hauptstadt Trivandrum ist die Zahl der Neuerkrankungen im Rückgang begriffen. Da strenger Zwangsdruck durchgeführt wird. Dagegen hat die Cholera inzwischen auf den Süden der Provinz übergegriffen.

„Graf Zeppelin“ heimkehr.

Staaken, 6. November. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute morgens bei bedecktem Himmel und einer frischen Brise um 7 Uhr 5 Min. unter dem Jubel der Zuschauer zur Heimfahrt nach Friedrichshafen abgezogen. Trotz der frühen Morgenstunden waren zahlreiche Personen am Startplatz erschienen, um das grandiose Schauspiel zu genießen. Im übrigen herrschte am Montag und in der Nacht zum Dienstag Weltstille. In Staaken. Sämtliche Lokale hatten die Nacht über geöffnet, ebenso das Postamt, das die Masse von Zeppelinparianen kaum zu bewältigen vermochte. Viele Zeppelinpilger, die erst spät nachts in Staaken eingetroffen waren, blieben bis zur Abfahrt des Luftschiffes draußen, andere

waren in Autos, Moorg-Wagen und mit den Frühzügen der Eisenbahn herbeigeeilt.

Berlin, 6. November. An Bord des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ befinden sich außer den 40 Mann Besatzung 45 Passagiere, davon sind 10 zahlende Gäste, die übrigen Ehren-gäste, darunter der Polizeipräsident Förlgabel.

Friedrichshafen, 6. November. Gegen halb 15 Uhr kam der „Graf Zeppelin“, aus nordöstlicher Richtung kommend und von einem Doppeldecker begleitet, in Sicht. Um 15 Uhr 25 Min. fielen die Halsetau aus dem Bug und um 15 Uhr 30 war das Schiff, von zahlreichen Zuschauern begrüßt, glatt gelandet.

Drei Kinder verbrannt.

Die Mutter beim Rettungsversuch tödlich verwundet.

Užhorod, 6. November. Aus der Gemeinde Tibava bei Zvoljawa wird gemeldet: In der vergangenen Woche spielte in der Gemeinde Tibava der fünfjährige Sohn des Wirtes Georg Szoligan mit zwei Geschwistern mit trockenem Berg. Plötzlich fing das Berg durch einen aus dem Ofen springenden Funken Feuer; dieses griff auch auf die Kleider der drei Kinder und andere Gegenstände über und es entstand inmitten des Zimmers ein Brand. Die draußen stehende Mutter wurde durch das Geschrei der brennenden Kinder herbeigerufen, vermochte sie aber nicht mehr zu retten. Sie trug zwei verbrannte Leichen ihrer Kinder aus dem brennenden Raume, das dritte Kind — ein Mädchen — erlitt sehr schwere Brandwunden und verchied nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus von Munkacs. Die Mutter selbst erlitt schwere Brandwunden und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Ein Heldentat der Prager Polizeijensur.

Am 2. d. M. hielt der bekannte Kriegsdienstjensur Schriftsteller Pitter, der zwar kein Sozialist ist, aber der Arbeiterbewegung durch seine Lebensanschauungen sehr nahesteht, einen Vortrag über das Thema „Neue Wege der Friedenspolitik“. Pitter führte aus, daß versucht werden solle, zwischen Tolstoi und Marx einen Mittelweg zu finden, er verwirft jede Art der Gewaltanwendung im Kampfe gegen das Böse und befaßte sich dann im Verlaufe seines weiteren Vortrags mit der Schandbewegung, mit der Bedeutung der stützlichen und wirtschaftlichen Fragen für den Einzelnen, hauptsächlich aber mit der Kriegsgefahr und den kleinen Staaten. Er erklärte sich als unbedingter Anhänger des Selbstbestimmungsrechtes, weshalb er für die Schaffung vieler kleiner Staatenwesen ist. Er besprach den tschechischen Militarismus, die slowakische und ungarische Frage, die Neutralisierung der Rheingebirgszone und die des Elsaß und forderte die Schaffung eines Staatenverbundes von Mitteleuropa. Pitter unterscheidet keineswegs die Bedeutung der sozialen Frage, er streifte die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, ihm ist auch das Problem der Zusammenarbeit zwischen Industriearbeiter und Landarbeiter im Kampfe gegen die Reaktion vollumfänglich klar. Pitter ist Individualist, der wahrscheinlich im Laufe der Zeit noch seinen Weg zur kollektiven Arbeiterbewegung finden wird. — Die Polizei hatte ihm, wie wir uns nachträglich aus seinem Manuskript überzeugen konnten in seinem Vortrag alles mögliche gestrichen. Es würde zu weit führen, wenn wir all das näher beleuchten wollten, was der Polizei staatsgefährlich erschien. Wir können aus Rücksicht auf die Zensur nichts von den losgerissenen Sätzen wiedergeben, erwähnen aber, daß ein Satz gestrichen wurde, der fast wörtlich daselbst sagte, was Masaryk in seiner Jubiläumsschöpfung gesagt hatte, als er von dem „Märchen“ sprach, das erfüllt worden sei. Pitter hatte sich der Mühe unterzogen, als Tscheche diesmal vor einem vortrefflichen deutschen Publikum in deutscher Sprache vorzutragen. Vielleicht verstand sein Zensor nicht deutsch. Das wäre keine Entschuldigung, aber doch eine Erklärung der sonderbaren Zensur, auf die zurückzukommen wir uns noch vorbehalten.

Schädiger der Bankbeamten. Ein Beispiel von vielen, auf welche Art und Weise den Bankbeamten die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zum Teil mit verschleiert wird, ist folgendes im „Prager Tagblatt“ erschienene Inserat:

Lebiger Bankbeamter, lautionsfähig, 30.000 K, sucht Familienverhältnisse halber in Prag Beschäftigung. Honorierung Nebensache. Schiffe: „Acht-jährige deutsch-schlesische Praxis 10—30“ an die Verwaltung dieses Blattes. 5204

Soweit die Personalverhältnisse in den Banken bekannt sind, unterscheidet sich diese Stellenwerbung von den anderen nur insofern, daß hier einmal öffentlich sichtbar wird, daß Bourgeoisie-söhnen dadurch Stellen zu ergattern versuchen, indem sie auf eine entsprechende Entlohnung verzichten. Welche Wirkungen solche Zustände haben, das beweisen die im allgemeinen miserablen Gehälter des größten Teiles der Bankbeamten. Solchen schmutzigen Elementen und deren verantwortlicher Handlungsweise werden die Bankbeamten in ihrem ureigensten Interesse ganz energisch entgegenzutreten müssen.

Eine notwendige Reform. Die Bundeschulräte haben die Erklärungen der einzelnen Professorenkonferenzen zu dem Entwurf des Schulministeriums über die Reform der Maturitätsprüfungen, der im Mai d. J. den einzelnen Schuldirektionen zugesandt worden war,

an das Schulministerium weitergeleitet. Die Professorenkonferenzen stimmen im Wesentlichen damit überein, daß bei den Maturitätsprüfungen größerer Nachdruck auf die Intelligenz des Schülers als auf sein Gedächtnis zu legen sei und daß mehr auf die Vorliebe des Schülers für das Studium bestimmter Gegenstände geachtet werde, aus denen er die Hauptprüfung abzulegen habe. Die Mehrzahl der Professorenkonferenzen billigt den Vorschlag der einstimmigen Approbation d. h., daß die Note „mit Stimm-mehrheit“ ganz abgeschafft und dafür Reparaturprüfungen eingeführt werden, die nach den Ferien stattzufinden hätten. Die Professorenkonferenzen sprechen sich auch für den Standpunkt des Schulministeriums aus, wonach schwache Leistungen in einem bestimmten Gegenstand bei der Matura durch sehr gute Leistungen in anderen Gegenständen aufgewogen werden können. Wie die PTA erfährt, wird die Durchführung der Maturareform vorläufig zurückgestellt und erst nach der Durchführung der Reform der Realschulen und der Reform der Lehrerbildungsanstalten ernstlich betrieben werden. Fachkreise sind der Ansicht, daß die Maturareform ehestens im nächsten Jahre in Kraft treten könnte.

„Die können Volks- und Mittelschulen zusammenarbeiten.“ Bekanntlich ist der Unterrichtsbetrieb der Mittelschule von den in der Volksschule geübten Lehrmethoden ganz verschieden, so daß viele Volksschüler beim Eintritt in die Mittelschule mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Deshalb erscheint eine Angleichung der beiden Schultypen, soweit die obersten Schuljahre der Volksschule und die untersten Mittelschul-klassen in Betracht kommen, notwendig und empfehlenswert. Um nun der Lösung dieses Problems für die Prager Schulführung praktisch näherzukommen, veranstaltet der deutsche pädagogische Verein in Prag Donnerstag, den 8. November eine Versammlung, zu der sämtliche Mittelschulen Prags, die Oberschulräte, die Bezirks- und Landeschulinspektoren, die Päd. Fakultät der Universität und durch diese Veröffentlichung auch alle sich interessierenden Eltern geladen sind. Das einleitende Referat hält Lehrer Scholz, Weinberge. Die Versammlung beginnt um 7 Uhr in der Altstädter deutschen Schule Prag I., Fleischmarkt 1000.

Kommt das Radio-Journal endlich zur Vernunft? Montag wurden in einer Sitzung des Verwaltungsrates des Radio-Journals die kürzlich als Wünsche der deutschen Rundfunkhörer formulierten fünf Punkte vollständig einstimmig genehmigt. Mit ihrer allmählichen Verwirklichung wird in der nächsten Woche begonnen werden. Es handelt sich hierbei um den Abschluß des Prager deutschen Theaters, um die Vermessung der deutschen Sendezeit ohne Pressenachrichten auf 30 Minuten, um die deutsche Sprache bei großen Abendveranstaltungen, um die Beschäftigung deutscher Künstler und um die Einschaltung deutscher Gesangs-vorträge in die Schallplattenprogramme.

Aus der Kibbenz David I. Aus Jerusalem wird gemeldet: Am Berge Orbel wurden bei Ausgrabungsarbeiten Teile der Mauern der Stadt des Königs David aufgedeckt, deren Erbauung noch in die Zeit der ersten jüdischen Könige zurückreicht.

Der Cholera entronnen, dem Meer versallen. „Daily Mail“ meldet aus Shanghai: Auf dem britischen Dampfer „Kung Wo“ wurde nach seiner Ankunft im Hafen ein Cholerafall festgestellt, woraufhin eine fünfjährige Quarantäne an-geordnet wurde. Auf diese Mitteilung hin ent-liefen an Bord eine Panik. Eine Anzahl Chi-nesen befürchteten, von der Krankheit ange-steckt zu werden, sprangen über Bord und er-tranken.

Unredliche Solvetsbeamte. Vor dem Obersten Gerichtshof in Moskau begann der Prozeß gegen 30 Beamte des Verkehrsministeriums wegen passiver Bestechung, Fälschungen und anderer Amtsvergehen.

Rektor. Wie die Moskauer Akademie der Wissenschaften mitteilt, fiel in einem Dorf im Jakutengebiet ein Meteorstein nieder, der ein steinernes Haus zerstörte und sich 300 m in der Erde eingrub. — In Tiflis und den benachbarten Gegenden wurde ein vier Sekunden andauerndes Erdbeben verspürt. Das Epizentrum desselben liegt 90 Kilometer von Tiflis entfernt.

Durch einen Riesenbrand im Innern der Stadt San Salvador wurden das Hotel „Astoria“, ein Zeitungsgebäude und eine Anzahl Lagerhäuser bis auf die Grundmauern vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf über eine Million Dollars.

Der Berliner Komponist Friedrich Holländer, der im April d. J. mit seinem Auto ein achtjähriges Mädchen überfuhr, wurde nach einer Blättermeldung vom Schöffengericht Nürnberg wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Typhusfälle in Wies. Die Wasserfalamität in Wies hat neuerdings der Typhusepidemie Einzug in die Stadt verschafft. In der Bahnbeamtenfamilie Kraft, wurden in der Vormoche drei Typhusfälle festgestellt und zwar bei der Frau und bei zwei Kindern. Die Frau Kraft ist bereits im Bülfer Krankenhaus gestorben.

Verzweiflungstat einer Mutter. Sonntag abends hat in Wien die 45jährige Geschäftsfrau Grete Hof sich und ihre beiden Söhne im Alter von acht und neun Jahren mit Leuchtgas vergiftet. Es handelt sich um die Verzweiflungstat einer in Not und Schanden geratenen Geschäftsfrau.

Vom Rundfunk.

Empfehlenswerter als den Programmen.

Donnerstag. 11.15 Schallplattenmusik, 12.30 Mittagskonzert, 16.30 Radiomusik, 17.45 Deutsche Musik, 18.30 Theaterberichterstattung, 19.00 Musik, 19.30 Musik, 20.00 Musik, 20.30 Musik, 21.00 Musik, 21.30 Musik, 22.00 Musik, 22.30 Musik, 23.00 Musik, 23.30 Musik, 24.00 Musik. Freitag. 11.15 Schallplattenmusik, 12.30 Mittagskonzert, 16.30 Radiomusik, 17.45 Deutsche Musik, 18.30 Theaterberichterstattung, 19.00 Musik, 19.30 Musik, 20.00 Musik, 20.30 Musik, 21.00 Musik, 21.30 Musik, 22.00 Musik, 22.30 Musik, 23.00 Musik, 23.30 Musik, 24.00 Musik. Samstag. 11.15 Schallplattenmusik, 12.30 Mittagskonzert, 16.30 Radiomusik, 17.45 Deutsche Musik, 18.30 Theaterberichterstattung, 19.00 Musik, 19.30 Musik, 20.00 Musik, 20.30 Musik, 21.00 Musik, 21.30 Musik, 22.00 Musik, 22.30 Musik, 23.00 Musik, 23.30 Musik, 24.00 Musik. Sonntag. 11.15 Schallplattenmusik, 12.30 Mittagskonzert, 16.30 Radiomusik, 17.45 Deutsche Musik, 18.30 Theaterberichterstattung, 19.00 Musik, 19.30 Musik, 20.00 Musik, 20.30 Musik, 21.00 Musik, 21.30 Musik, 22.00 Musik, 22.30 Musik, 23.00 Musik, 23.30 Musik, 24.00 Musik.

Ottokar Kernstock gestorben. Wie wir bereits gemeldet haben, ist der feierliche Priester und Dichter Ottokar Kernstock im Alter von 80 Jahren auf seiner Festung Festeck gestorben. Kernstock's Name war im alten Österreich in die ersten Reihen übergegangen und hat daher unter der Masse des Volkes sicher mehr Klang als der weit bedeutenderer seiner Zeitgenossen. Von katholischer Seite wurde und wird der Priester-Dichter dabei nicht einmal so stark gefeiert wie von den Deutschnationalen, die in ihm seit den nationalen Sturmjahren der neunziger Jahre ihren Parteigänger sahen. Kernstock stand damals in bedenklicher Opposition zu der offiziellen klerikalen Politik und konnte als ein bewußter „deutscher“ Katholik gelten, wie sie nicht gern gesehen wurden. In seinem Leben und Dichten aber war der feierliche Priester in die Vergangenheit gewandt. Er hatte seine Festung, von deren Zinnen aus er feierliche Land überblickte, tatsächlich wie eine mittelalterliche Ritterburg eingerichtet und hauste dort als behäbiger gottesdienstlicher Landpfarrer. In seiner Urzeit ist ihm manches von volkstümlichem Klang gelungen, anderes war reichlich skabonenhafte Nachahmung romantischer und mittelalterlicher Weisen. Seine Motive und Stoffe holte er mit Vorliebe aus dem ritterlichen Mittelalter, wie auch seine Weltanschauung die eines spätmittelalterlichen Menschen war. In die Frömmigkeit mischte sich starke Lebensfreude, in das Christlich-Mönchische die Lust am Martialischen und oft am Mutigen. Das zeigt sich besonders stark im Kriege, als Kernstock mit geschäftigen und geschäftigen Kriegesgefangenen zu der allgemeinen Völkerverehrung und zum Niedergang der Menschlichkeit sein redlich Teil beitrug. Soweit er unter der Arbeiterschaft Freunde seiner Poesie haben mochte, stieß er sie durch diese Kriegsgefangenen ab. Leben und Werk Kernstocks mögen kulturgeschichtlich von Interesse sein, seine Dichtung war aber zeitbedingt und zeitgebunden und wird ihn kaum lange überleben.

Der Ausbruch des Aetna. Die neuesten Nachrichten des „Messaggero“ über den Aetna-Ausbruch besagen, daß die Lava bereits zwei Kilometer vor der von der Bevölkerung bereits geräumten Gemeinde Mascali angelangt sei.

„Abstinenzheim“ Gest. m. b. S. Die tschechische Abstinenzzeitschrift „Výživ Narod“ veröffentlicht einen Aufruf zur Gründung eines „Abstinenzheims“ in Prag, das außer den Raucheräumen für die Antialkoholiker eine Restauration und ein billiges Nachtlager, ferner einen Vortragssaal enthalten soll. Ein Mitgliedsbeitrag beträgt K 100.—. Adressen und Anfragen sind an die Genossenschaft „Abstinenci Domov“, Prag II, Jungmannovo náb. 4, zu richten.

Ein geheimnisvoller Arminialfall.

Mord durch vergiftete Rosen.

Eine geheimnisvolle Affäre beschäftigt zur Zeit die Warschauer Kriminalpolizei. Am Jänner dieses Jahres starb unter geheimnisvollen Umständen die 34 Jahre alte Gräfin Feodora Sternowski in Abbazia, wo sie sich zur Erholung aufhielt. Sie entstammte einer armen, sehr reichen polnischen Grafenfamilie; ihre Brüder waren im Weltkrieg gefallen und die Eltern im Jahre 1917 gestorben. Das enorme Vermögen teilte sie sich mit ihrer um vier Jahre älteren Schwester Leonie, welche auf dem Stammsitz des Grafenhauses bei Warschau lebte. Feodora war zu Anfang des Krieges mit einem Offizier des Preobraslenskijsk Garderegiments in Petersburg verlobt; als sie die Nachricht erhielt, daß ihr Verlobter in der Schlacht bei Tannenberg gefallen war, zog sie sich von dem gesellschaftlichen Leben zurück. Die trotz ihres Herzumschwunders bildungsreiche Gräfin wurde in Abbazia von Kavaliern viel umschwärmt, Feodora aber bewachte ihre Zurückhaltung, bis sie eines Tages auf einem Spaziergang einen angeblichen Regimentskameraden ihres Verlobten traf, den sie zum Tee in ihre Villa bat. Um ganz ungeführt zu sein, hatte sie ihre beiden Kammerjungen, nachdem für sie ein Buffet Warshawski-Ries-Rosen abgegeben worden war, mit dem Bemerkten fortgeschickt, daß sie vor neun Uhr abends nicht zurückzukehren brauchten. Als die Mädchen um diese Zeit die Villa wieder betraten, fanden sie im Salon ihre Herrin, auf einem Sofa liegend, tot vor. Wie das Leichengut beweist, hatte die Gräfin Besuch gehabt, die ihr vorher gesandten Rosen waren jedoch nirgends zu finden. Der Tod war durch Gehirnschlag erfolgt. Auf die Todesnachricht eilte die Schwester der Gräfin nach Abbazia; bei Durchsicht des Nachlasses fehlte eine bedeutende Summe Geldes sowie auch der kostbare Schmuck der Verstorbenen. Die italienische Polizei leitete eine strenge Untersuchung ein, der angebliche Regimentskamerad von Feodoras Verlobtem war aber nicht zu ermitteln. Die beiden Kammerjungen wurden in Haft genommen, aber bald stellte sich ihre volle Unschuld heraus und sie wurden auf freien Fuß gesetzt.

Gräfin Leonie, die nunmehr die alleinige Besitzerin des großen Vermögens war, fuhr wieder auf ihr Schloss bei Warschau zurück. In der vergangenen Woche erhielt die Gräfin durch einen Unbekannten ein Paket langstieliger roter Rosen zugesandt; sie übergab dieselben ihrer Kammerjunge mit dem Befehl, sie fortzuwerfen. Das Mädchen nahm die Rosen mit auf ihr Zimmer und wurde am anderen Morgen tot in ihrem Bett aufgefunden. Sonderbarerweise war der Tod auch hier durch Gehirnschlag erfolgt, und auch diesmal waren die Rosen verschwunden. Die Duplizität der Ereignisse in Abbazia und Warschau ließ darauf schließen, daß

weil wir nicht wissen, wie oft das „Schmelzverfahren“ wiederholt werden mußte, um aus dem Erz ein brauchbares Arbeitsmaterial zu erhalten. Um das besser verstehen zu können, müssen wir uns den Verhüttungsprozeß vergegenwärtigen, der mit der heutigen Technik auch nicht das geringste gemein hat, wenigstens man bei einigen guten Willen die äußeren Umrisse des Schmelzofens als winziges Vorbild anderer moderner Hochofen ansehen kann. Während hier die Erfahrungen der Feuerungstechnik bis in die feinsten Einzelheiten peinlich genau befolgt sind, um bei möglichst geringem Materialverbrauch die qualitativ besten Ergebnisse zu erzielen, ließ sich der vorgeschichtliche Mensch von solchen Bedenken nicht leiten. Seine Hauptfrage scheint nach Möglichkeit wenig Arbeit gerichtet gewesen zu sein, wenigstens dieses Streben oftmals gerade das Gegenteil herbeiführte. Das zeigt schon die Anlage der Ofen selbst. In den Erdboden wurde eine maßig weite zylindrische Grube gegraben, deren Wände mit einer ziemlich dünnen Ton-Schicht verkleidet wurden. Vieles wurde auch davon ganz abhand genommen und nur im Zug zum Boden der Grube von außen auswärts geschaffen. Technisch höher lag ein Ofen der im vorigen Jahrhundert bei Wäldig bei Regensburg aufgestellt wurde. Hier lag der Tonmantel in einem aufgeschütteten Hügel. Auch war die Öffnung nach oben hin verengt und vielleicht sogar verlängert, um der Anlage Zug zu schaffen. Ob danach noch ein Gefälle verwendet wurde, ist nicht sicherzustellen.

Dieser sehr primitive Ofen wurde dann abwechselnd mit Lagen von Holz und Erz — es kam nur Kalkstein oder Brauneisenerz in

Der letzte Gang.

Ein Gefängnisdirektor, der 30 Hinrichtungen miterlebte. — Die Errichtung des Schaottes. — Herr Deibler, der Henker, tritt auf. — Abholung und Transport des armen Günders. — Das Ende eines Trauerspiels.

Der langjährige Direktor des Pariser Zank-Gefängnisses, Benoît Dabat, veröffentlicht in der französischen Presse seine Lebenserinnerungen, die insofern besonders interessant sind, als er während seiner Laufbahn die Hinrichtung von mehr als 30 Mörder miterlebt hat.

Dreißig Menschen haben in seinem Beisein ihre Taten mit dem Tode büßen müssen, dreißig Mal war es — wie er schreibt — das gleiche grausige Schauspiel, das sich ihm bot.

In den düstersten Farben schildert Gefängnis-Direktor Dabat die Errichtung der Guillotine. In der Nacht, die der Hinrichtung vorausgeht, arbeiten drei Männer beim Hinstellen an der Aufstellung des Scharstrahls. Sie legen die Bretter aus, schlagen sie mit Holzhammer zurecht, prüfen die Lage der einzelnen Stücke mit einer Wasserwaage. Sie unterhalten sich, machen ihre Witze, während die wenigen Zuschauer, Schulleute und Journalisten, in peinigendem Schweigen verharren. Wenn die Maschine errichtet ist, glänzt im Licht der Fackeln das Messer auf. Man verspürt einen leichten Schauer. Herr Deibler, der Henker, der, ohne selbst Hand anzulegen, alles beaufsichtigt, tritt heran. Er prüft die Maschine ein letztes Mal auf ihren „ordnungsmäßigen Gang“.

Alles ist bereit. Man kann den Delinquenten bringen.

Durch die Gänge und Treppen des Gefängnisses gelangt eine kleine Gruppe von Beamten unter Benoît's Führung zu der Todeszelle. Man geht auf den Jenseitspforten. Vor der Zelle des zum Tode Verurteilten steht ein Aufseher Wache. Durch die Klapptür, die offen gelassen ist, bemerkt man einen Mann, der in seinem Bette schläft. Ein leises Knirschen der Schlüssell und zwei handfeste Aufseher dringen in die Zelle ein. Sie fesseln den Verurteilten an seinem Bett, um etwaigen Ausweichungen vorzubeugen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft spricht einige feierliche Worte.

Es herrscht tiefe Stille. Plötzlich aber — und so geschah es in allen dreißig Fällen — jährt der Mann, dessen Gesicht leichenblau ist, und der am ganzen Körper zittert, an zu jammern und zu bitten. Seine klägliche Stimme widerhallt schaurig an den Wänden der

Zelle. Man möchte ihn zum Schweigen bringen, so krampt sich das Herz zusammen. Der gefährlichste Mörder wird ein schwächliches, jämmerliches und furchtbares Geschöpf bei dem Gedanken um das Schicksal, das ihm bevorsteht.

Im Büro im Erdgeschoß nimmt Herr Deibler, durch dessen Hände schon fast 275 Mörder gegangen sind, in schwarzer Kleidung offiziell sein Opfer entgegen. Umständlich untergeordnet er seine Qualitäten. Dann richtet er seine stehenden Augen auf den Mann, der von nun an ihm gehört. Zum Zeichen dessen legt er ihm die Hand auf die Schulter. Dann geht der vorletzte Akt dieses Trauerspiels von statten: Die Einkleidung für die Hinrichtung.

Man legt den Delinquenten auf einen Schmel. Die Henkersknechte umgeben ihn. Einer fesselt ihm Hände und Füße mit einem Strick. Ein anderer schneidet ihm mit einer Schere den Hemdstrang fort. Mit unbeweglichem, mitleidlosem Gesicht steht Herr Deibler dabei. Ein Wink von ihm, und der Verurteilte wird unter den Armen gefaßt und in den verschlossenen Wagen geschleppt, der am Eingang des Gefängnisses wartet.

Die Pferde ziehen an, der Sand knirscht unter den Rädern. Der Wagen fährt in schnellem Tempo der Hinrichtungsstätte zu.

Unter den Kastanienbäumen des Boulevard Arago unterscheidet man im ersten Morgenlicht die häßliche Silhouette der Werdmaschine. Eine in sich zusammengekrümmte menschliche Masse taucht auf. Kurz und schneidend tönen die Befehle Herrn Deiblers. Wenige Sekunden darauf hört man einen gelenden Schrei, das unheimliche Gleiten des Beils in den Rücken, dann einen schweren Schlag. Man bemerkt man, wie der Körper in den Aord gesteckt wird, kaum sieht man, wie ein Henkersknecht mit einem Eimer in der Hand ausholt, den Blutüberströmten Kopf mit Wasser abspült und in den Aord zu dem zuckenden Körper wirft.

Vom Aufwachen bis zur Hinrichtung ist kaum eine halbe Stunde vergangen. Und das alles hat der Gefängnisdirektor Benoît Dabat nun schon dreißig Male mitangesehen.

B. M. Vogel.

jemand darnach trachtete, die beiden Schwestern ums Leben zu bringen. Wie die Ermittlungen der Polizei bis jetzt ergeben haben, kommt kein Verdacht der beiden Gräfinen als vermutlicher Täter in Betracht. Die Polizei steht vor einer Aufgabe, deren Lösung fast unmöglich erscheint. Vermerktenswert ist noch, daß nach alten Familiendokumenten des Hauses Sternowski schon früher einmal zwei weibliche Mitglieder des Hauses durch Blumenvergiftungen von unbekannter Hand ihren Tod gefunden haben.

Gerichtssaal.

Prozeß Wojtchowsky.

Prag, 6. November. Heute wurden die ersten Zeugen einvernommen, zunächst die Herrin Doktor Knobloch, der den Totenschein ausgestellt hatte. Dr. Ambroz, der als Polizeiarzt gerufen wurde, Dr. Eisler, der im Hause wohnte und die erste Hilfe leistete. Dr. Eisler sagte wieder aus, daß er die Frau Wojtchowsky nicht für eck hielt. Dann wurden die Handlungsgeschichten des Schwagerbraters des Angeklagten, des Kaufmannes Vrba, verhört, und zwar die Zeugen Chmel und Beran, schließlich das Kanzleipersonal, die Zeuginen Moudra und Nechasilova. Die Zeugin Moudra ist durch

die Einberufung derart befangen und aufgeregt, daß sie keines Wortes mächtig ist, die Zeugin Nechasilova will auch den Eindruck gehabt haben, daß die Trauer des Angeklagten über den Tod seiner Gattin eine gemachte war. Zur Mittagszeit setzte der Vorsitzende eine Pause an. Die Verhandlung geht weiter.

In der Bar.

Prag, 6. November. In Prag in der Tuchmachergasse ist eine Bar, die den romantischen Namen „Café de la Bohème“ führt. Am 3. September d. J. zogen sich ein Gastwirt namens Marek und ein Chauffeur namens Jesech in eine traurige Kiste zurück, natürlich jeder separat, denn für solche Zwecke hat doch die Bar die sogenannten „Separés“. Plötzlich vernahm Herr Marek, der sich in Gesellschaft des Fräuleins Paula befand, die dort als Kellnerin angestellt ist, eine 500 K. Note. Wenn man in ein Separé geht, sollte man mit einer solchen Möglichkeit natürlich rechnen. Herr Marek schien aber überrascht zu sein, so, er regte sich sogar ein bißchen mehr auf, als es sonst der Brauch zu sein pflegt, und erklärte, daß die Banknote herbeigebracht werden müsse, selbst wenn er jeden Gast visitieren möchte. Herr Jesech ist noch aufgeregter Natur als Herr Marek. Er geriet mit der Kellnerin in einen Streit, bei dem er ihr einen oder mehrere Hiebe verleierte. Fräulein Paula trug zum Andenken daran eine Kratzwunde auf dem Arm, die sie sich selbst bei einem Ausrast feststellen ließ. Die Banknote wurde natürlich nicht gefunden. Die Sache hatte insofern ein tragisches Nachspiel, daß die einzige Zeugin für die Vorgänge in der Bar, die andere Kellnerin, namens Schmergl, inzwischen ihrem Leben durch einen Schuß ein Ende bereitet hat. Was für Tragödien spielen sich in diesen Nachtlokalen ab, ohne daß darüber je ein näheres Detail in die Öffentlichkeit dringt, wenn nicht zufälligerweise durch irgendeinen belanglosen Umstand, wie es die heute vor dem OLG. Soula ausgetragene Fehde war, mehr darüber bekannt wird! Also Fräulein Paula ging mit ihrem Atteste sofort zum Advokaten und klagte. Auf Schmerzensgeld, auf Verdienstentgang usw. usw. Heute erklärte sie dem Richter, daß sie mindestens K 5000.— verlange, andernfalls gebe sie auf keinen Ausgleich ein. Der Richter reichte ihr freundlich zu, sie möge doch den Sachverhalt ein wenig überlegen, es kam eine 500 K. Note in ihrer Gesellschaft abhandeln, sie habe am nächsten Tage wieder Dienst gemacht, aber Fräulein Paula blieb unerbittlich. Der Chauffeur erklärte, daß er mit seinem Freunde einen Betrag für die Wunden geben wolle, wenn ein Ausgleich zustande käme, ihr aber nicht einen Heller. Da ließ Fräulein Paula nach und hatte sich mit 3000 K. ausgeglichen, dann erwähnte sie den Anspruch auf 2500 K. Inzwischen brachte der Gellagte Marek einen Polizeisten als Zeugen, der zufälligerweise dort anwesend war und auslegte, daß er die Kellnerin überhaupt nicht berührt, sondern in seiner Aufregung über den Verlust hochstens mit ein paar verbotenen Worten angelächelt habe, die nicht einmal den Tatbestand einer Ehrenbeleidigung bilden. Der Chauffeur dagegen gab selbst zu, der Zeugin mit der Hand einen Schlag verleierte zu haben, die Kratzwunde behauptete er, komme von ihr selber. Der Richter machte der unerfreulichen langen Verhandlung ein Ende, daß er den Herrn Marek freisprach, den Chauffeur Jesech zu K 20.— Geldstrafe verurteilte. Fräulein Paula wurde mit ihren Ansprüchen auf den Zivilrechtsweg verwiesen. Es ist die Frage, ob sie auf Grund dieses Urteils dort aus dem Vorfall jenes Kapital schlagen dürfte, das sie gerne befaßt.

Odol
Das Beste für die Zähne

Vorgeschichtliche Eisen-Schmelzöfen.

Vor ein'ger Zeit wurden in nächsten Umgebung der Stadt Brüg, auf dem Boden der Stadtgemeinde Kopp, in der zum Schachte Julius II. gehörigen Sandgrube die Spuren mehrerer vorgeschichtlicher Eisen-Schmelzöfen festgestellt. Einer von ihnen konnte vollständig ausgegraben und ins Stadtmuseum in Brüg überführt werden, während von den anderen, es handelt sich um mindestens drei, nurmehr Schlackenreste auf dem Boden der Grube ruhen. Alles in allem boten die vorgeschundenen Spuren einen guten Einblick in die Gabe-müsse vorgeschichtlicher Eisen-technik und bestätigten auf das genaueste, was anderwärts bereits bekannt gewesen ist.

Erfahrungsgemäß legen stets mehrere Schmelzöfen beisammen. Bis 80 und 100 hat man schon festgestellt. Die Ursache dafür ist nicht darin zu erblicken, daß größere Werkvereinigungen das Eisenerz verarbeiten, sondern daß eine Anlage nur einmal errichtet werden konnte, daß also jeder Schmelzprozeß die Errichtung eines neuen Ofens erforderte. Die Einbeziehung vorgeschichtlicher Eisen-Schmelzöfen läßt demnach nicht auf das einstige Vorhandensein einer Industrie schließen. In der Regel wird es sich um die Werkstätte eines einzelnen Schmiedes handeln, dessen Tätigkeit die Ofenreste belegen. Daß oft eine stattliche Anzahl solcher Anlagen beisammen gefunden werden, läßt auch keine Schlüsse über den Fleiß und die Regsamkeit des Schmiedes zu,

oder zweite Verfahren behandelt haben kann, verrät der Zustand der Schmelz. Deutlich kann man erkennen, wie in den untersten Schichten verhältnismäßig reine Eisenschmelzen zusammengefließen sind. Wenige Zentimeter darüber stellt sich schon die Schlacke ein, untermengt mit Schlackenresten und anderen Verunreinigungen. Ganz oben ist von Eisen überhaupt nicht viel zu erkennen. Hier umgibt der von der Hitze bläulich-schwarze gefärbte Tonmantel lediglich eine kompakte Masse.

Was nun das Alter der Schmelzöfen von Kopp betrifft, von denen wohl noch manche im Erdboden verborgen sein mögen, so lassen sich leider keine genauen Angaben machen, da die mitgefundenen Schmelzreste für eine genauere Bestimmung sich nicht eignen. Es kann sich entweder um die früheste Eisenzeit (etwa 800 bis 500 v. Chr.) oder gar schon um die frühromische Kaiserzeit (um 100 n. Chr.) handeln, wenigstens sind beide Kulturen in der Nähe reichlich vertreten. Am ehesten scheinen die Schmelzöfen der den Markomannen zuzuschreibenden Kultur der römischen Kaiserzeit anzugehören, da in Böhmen aus dieser Zeit viele Schmelzöfen bekannt geworden sind, besonders aus den inneren Teilen des Landes. Daß etwa 30 Meter vom Ofen entfernt eine markomannische Wohnstätte durch Feuer zerstört worden ist — die erhaltenen Reste lassen das erkennen —, könnte damit in Zusammenhang stehen, daß der eine Schmelzofen erhalten geblieben ist. Es ist natürlich eine bloße Vermutung und keineswegs gesichert, aber es wäre nicht ausgeschlossen, daß ein Elementarereignis hier mitgesprochen hat.

Selbst Freidel.

